P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 137 DEZEMBER 1972 EINZELPREIS S 3.-

Zum neuen Kampfjahr

Alles spricht dafür, daß das Jahr 1973 ein für die österreichische Arbeiterbewegung und für unser ganzes werktätiges Volk besonders entscheidungsreiches Jahr sein wird. Das heißt, daß es an die revolutionären Kräfte unseres Landes, insbesondere an unsere marxistisch-leninistische Partei, vermehrte Anforderungen stellen, uns einer ernsten Bewährungsprobe unterziehen wird.

Genossen! Freunde! Die Partei ruft Euch daher auf: Entsprecht den erhöhten Anforderungen des Klassenkampfes durch erhöhten persönlichen Einsatz, durch größere Opferbereitschaft für die revolutionäre Sache, durch vermehrte Aktivität! Seid unduldsam gegen die Fehler und Schwächen in unserer Arbeit, ergreift selbst die Initiative, um Fortschritte zu ermöglichen! Nur wenn wir unsere Arbeit gründlich verbessern, unsere kämpferische Aktivität wesentlich verstärken, wird das neue Jahr zu einem für das arbeitende Volk Österreichs, für die Ziele der Arbeiterklasse, für die Revolution erfolgreichen Jahr werden!

ZENTRALKOMITEE DER MLPÖ



ZUR SITUATION DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKLASSE AN DER SCHWELLE DES JAHRES 1973:

DIE WAFFEN SCHÄRFEN! ORGANISIEREN!

ENTSCHLOSSEN DEN KAMPF AUFNEHMEN!

Es mag etwa zwei Jahre her sein, als der Papst, der bekanntlich Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt, Österreich als eine "Insel der Seligen" rühmte. Berücksichtigt man, daß der oberste Repräsentant der Kirche natürlich vom Gesichtspunkt des Großkapitals aus urteilt, sprach tatsächlich gar manches für seine These: Obschon Ausbeuter eines recht kleinen Landes sahen sich die herrschenden Klassen Österreichs in einer sehr komfortablen Situation. Sie hatten das kritische Jahr 1945

und die Zeit der sowjetischen Besetzung unerwartet gut überstanden, die von der arbeitenden Bevölkerung mit viel Mühen und Schweiß aus den Trümmern und dem Schutt des Krieges ausgegrabenen und auf hohem technischen Niveau neuerrichteten Produktionsstätten wieder fest unter ihrer Kontrolle und in ihrem Besitz. Jahr für Jahr waren Investitionen, Produktionsziffern, Leistungsbilanzen eindrucksvoller geworden, wuchsen die Profite. So glänzend wie die wirtschaftliche stellte sich auch die politische Lage der österreichischen Großbourgeoisie dar. Ein kapitalistischer Staat war restauriert worden, der sich wieder fest auf den alten eingespielten Repressionsmechanismus stützen konnte, aber auch auf Hilfsmittel und Herrschaftsformen mit besonderer Effektivität - auf den Status der sogenannten "immerwährenden Neutralität" nach außen und auf das System der sogenannten "Sozialpartnerschaft" nach innen. Für das relativ reibungslose Funktionieren dieses Systems waren günstige Voraussetzungen gegeben. Einerseits war das die traditionelle Stärke der österreichischen Sozialdemokratie und der ihr angehörenden Gewerkschaftsbürokratie, die ihren ganzen großen Masseneinfluß in den Dienst der "Sozialpartnerschaft" stellte und das umso eher tun konnte, als die auch schon früher sehr schwache Kommunistische Partei unter dem Taktstock der Chruschtschowianer kastriert worden war und es in Österreich längere Zeit hindurch überhaupt keine organisierte revolutionäre Kraft mehr gab. Der Gegensatz zwischen der weitgehend auf dem Niveau der höchstindustrialisierten Länder stehenden Produktion und den deutlich unter diesem Niveau liegenden Löhnen, die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der "Neutralität" sowie die allgemein günstigen Bedingungen des Nachkriegsbooms und der langanhaltenden Konjunkturphase gaben den herrschenden Klassen in unserem Land einen besonders weiten Spielraum für soziale Demagogie. Dem politisch unerfahrenen, naiven Beobachter zeigte sich die alte kapitalistische Ausbeuterordnung also in recht freundlichem Licht, sozusagen mit "roten Backen", relativ erträglich und brauchbar, jedenfalls viel sympatischer als jener gesellschaftliche Bastard, in den sich die früher revolutionäre und sozialistische Ordnung der Sowjetunion und der benachbarten Volksdemokratien verwandelt hatte und dessen Krisen und Krämpfe, durch die bürgerlichen Massenverdummungsmittel eifrig aufgeputzt und ausgeschlachtet, geradezu einen Horror auch vieler arbeitender Menschen gegenüber allem auslösten, was zu den Begriffen "volksdemokratisch" bzw. "kommunistisch" in Beziehung zu bringen war. So errang Österreich seinen traurigen Ruhm als Land mit der geringsten Streikzahl in Westeuropa, als Land mit den wenigsten und bescheidensten Klassenkonfrontationen, als Land, in dem der Kampf der Massen durch das Verhandeln und Paktieren der Repräsentanten der sogenannten "Sozialpartner" endgültig ersetzt schien - mit einem Wort, den traurigen Ruhm des vom Papst höchstpersönlich gelobten Landes des "sozialen Friedens". Und in der Tat, der letzte wirkliche Massenstreik der österreichischen Arbeiter liegt 22 Jahre zurück, die Masse der heute in der Produktion stehenden Arbeiter unseres Landes hat nie an einem größeren Streik teilgenommen, wenn überhaupt, so kennt die Majorität der österreichischen Arbeiter größere Klassenkämpfe bloß vom Hörensagen und nicht aus eigener Praxis.



„FRIEDE ZWISCHEN KAPITAL UND ARBEIT" — George Grosz (1923)

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Erscheint monatlich

Jahresabonnement S 35.—

Auslandsabonnement S 73.—

Postscheckkonto Nr 173.848 1

Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne". Wien XV. Goldschlagstraße 64/5 — 1150

Leserdienst jeden Donnerstag ab 18 Uhr

Telefon (0222) 92 33 88

Wir stellen diese Tatsachen nicht resignierend fest. Den österreichischen Marxisten-Leninisten waren derartige zeitweilige Erscheinungen niemals Anlaß zur Verzweiflung, niemals Grund, die Flinte ins Korn zu werfen und sich in die Bequemlichkeiten des "Privatlebens" zu flüchten. Stets wußten wir - und betonten das auch -, daß es nicht bleiben werde, wie es war, daß die Stagnation in der österreichischen Arbeiterbewegung früher oder später einem neuen Aufschwung weichen wird. Immer haben

Albanien-Besuch des Genossen Franz Strobl

TREFFEN MIT DEM SEKRETÄR DES ZK DER PdAA, GENOSSEN RAMIZ ALIA

Einer schon vor längerer Zeit ausgesprochenen Einladung durch das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens folgend, stattete der Sekretär des ZK der MLPÖ, Genosse Franz Strobl, im Dezember 1972 der Volksrepublik Albanien einen Besuch ab, um persönliche Eindrücke von den weiteren großen Erfolgen des sozialistischen Aufbaus zu sammeln, welche Albanien seit dem 6. Parteitag der PdA auf ideologischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet erzielt hat, und um einen freundschaftlichen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Partei der Arbeit Albaniens zu pflegen.

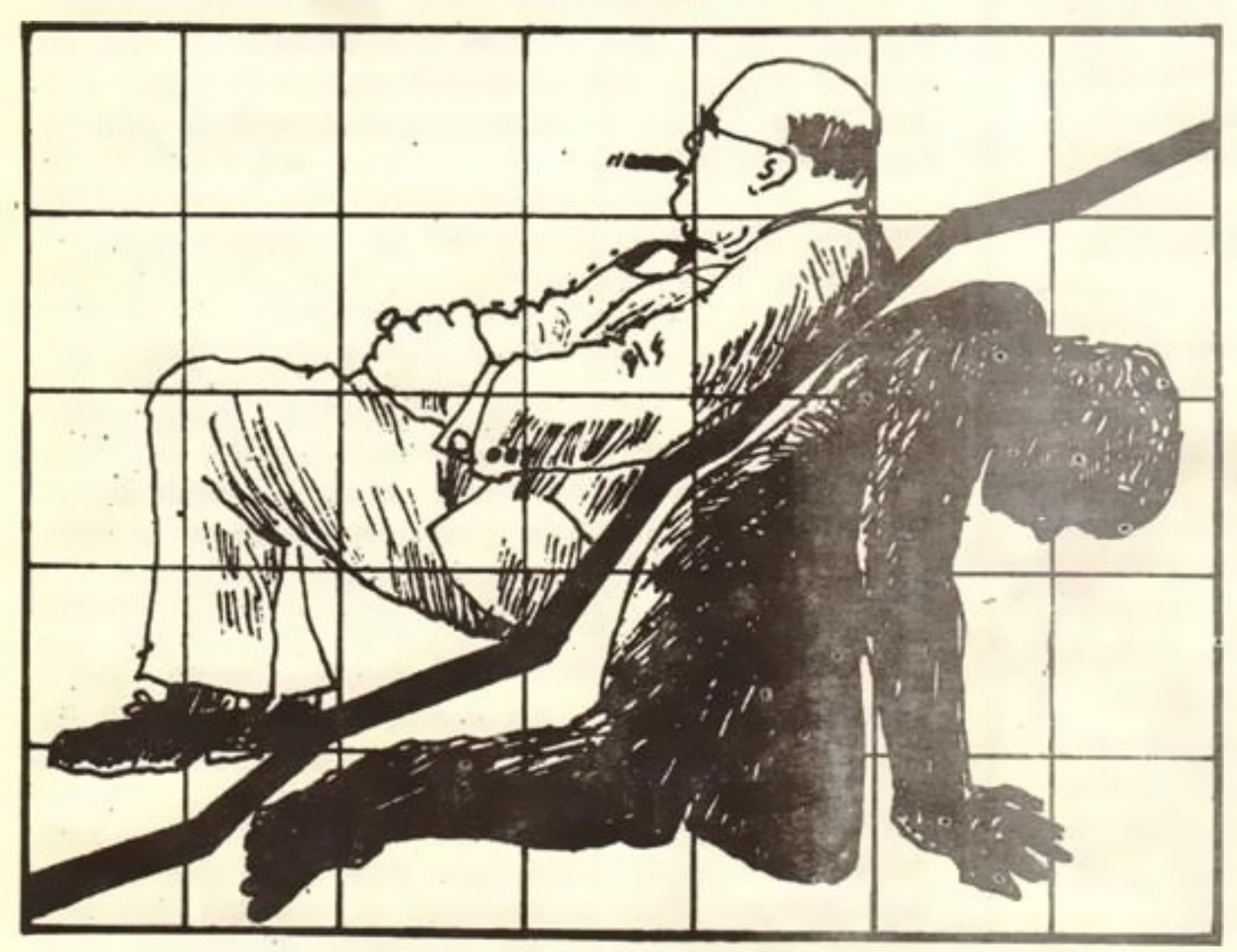
In diesem Zusammenhang fand ein Treffen zwischen dem Sekretär des ZK der PdA, Genossen Ramiz Alia, und Genossen Franz Strobl statt, wobei verschiedene Fragen gemeinsamen Interesses erörtert wurden, neben Fragen der sozialistischen Innen- und Außenpolitik Albaniens auch Probleme der internationalen Entwicklung und einige Aspekte der notwendigen Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und Kräften. Die Besprechung, an der auch Genosse Behar Shtylla, Mitglied des ZK der PdA, teilnahm, verlief im Geiste herzlicher kämpferischer Verbundenheit und bestätigte erneut die völlige Übereinstimmung der Auffassungen und Standpunkte auf der Basis der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Im Mittelpunkt des Besuchsprogramms standen Exkursionen in der nunmehrigen Industriestadt Berat und im Erdölgebiet von Stalinstadt. Des weiteren fand eine Besichtigung des großen Textilkombinats Maotsetung und der Besuch von zwei Mittelschulen statt, die das Prinzip der Ausbildung in "Kabinetten", einer Art von praktischen Laboratorien und dem jeweiligen Gegenstand angepaßten Lernwerkstätten, beispielhaft verwirklicht haben, was die unmittelbare Verbindung von Theorie und Praxis, von Studium und praktischem Experiment gewährleistet. Genosse Gaqo Nesho, früher albanischer Botschafter in Wien, jetzt Mitglied des ZK der PdA und 1. Sekretär der Parteiorganisation des Bezirkes Berat, fand es trotz Arbeitsüberlastung möglich, persönlich das Besuchsprogramm in Berat zu organisieren und die Führungen zu leiten.

Das Organ des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, "Zeri i Popullit", widmete dem Besuch des Genossen Franz Strobl und seiner Zusammenkunft mit Genossen Ramiz Alia einen kurzen Bericht auf der Titelseite.

Genosse Franz Strobl wird über die bei seiner Albanienreise gewonnenen reichen Eindrücke auf verschiedenen Ebenen berichten.

wir den Arbeitern gesagt, daß die "Sozialpartnerschaft" eine gefährliche Illusion und eine Falle für sie ist, daß hinter der momentan freundlichen Maske der kapitalistischen Ausbeuterordnung bald ihre wahre schmutzige und blutige Fratze sichtbar werden wird, daß der proletarische Klassenkampf nicht überholt ist, sondern wieder aufleben wird, wieder aufleben muß. Unvermeidlich wird die Arbeiterklasse auch in unserem Land wieder zu großen Klassenkämpfen für ihre Tages- und Zukunftsinteressen aufstehen, sich zum Kampf erheben, weil sie die wirtschaftliche und politische Entwicklung dazu zwingt, weil das Leben selbst schonungslos zeigen wird, daß eine zuwartende, versöhnlerische, passive Haltung der Arbeiterklasse zu einer Katastrophe für sie führen würde.



"SOZIALPARTNERSCHAFT"

Wir stehen heute an der Schwelle bedeutsamer Entwicklungen in positiver Richtung. Was früher oft in den Wind geredet schien, beginnt jetzt klarer zu werden. Wer heute noch mit Lobgesängen über die Wohltaten des "sozialen Friedens" und über das glückliche Österreich als Insel der Seligen in einen Betrieb gehen wollte, könnte böse Überraschungen erleben. Die selbst

nach den manipulierten offiziellen Statistiken im letzten Jahr eingetretene allgemeine Verteuerung von 7,4 Prozent machte sich in den Haushaltsrechnungen zahlreicher Arbeiterfamilien schon deutlich spürbar. Jeder weiß aber, daß für das kommende Jahr eine weitere und noch einschneidendere Verdünnung der Massenkaufkraft geplant ist. Ein ganzer Rattenschwanz von Preis- und Tariferhöhungen ist - eine neue Spezialität der Kreisky-Regierung - schon bis Beginn des übernächsten Jahres vorausbeschlossen und vorprogrammiert. Dazu kommt jedoch der in seinem ganzen Umfang noch garnicht abschätzbare, von der Einführung der Mehr(wert)steuer ausgehende große Teuerungsschub. Einige Wirtschaftspolitiker wollen schon einen "Erfolg" darin erblicken, wenn die allgemeine Teuerung im nächsten Jahr nicht über 10 Prozent hinausgehen wird. Doch das ist ja erst die eine Seite! Im vergangenen Jahr standen der allgemeinen Teuerung immerhin einige partielle Lohn- und Gehaltserhöhungen gegenüber, die dem Kaufkraftverlust entgegenwirkten. Im kommenden Jahr soll das nach den Wünschen von Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsführung anders sein! Von der Kreisky-Regierung dazu aufgefordert, hat die ÖGB-Führung bekanntlich mit den Unternehmervertretern das ominöse "Stillhalteabkommen" Benya-Sallinger abgeschlossen, in dem der ÖGB auf die erwartete Zwischenlohnrunde verzichtet und auftauchende Lohnforderungen, die nicht in mikroskopischen Bereichen bleiben, einem so komplizierten bürokratischen Brems- und Abwürgeverfahren unterwerfen will, daß faktisch ein Lohnstopp herauskommt. Ein kaum verhüllter Lohnstopp ausgerechnet in dem Jahr, das den bisherigen Teuerungsrekord in der Geschichte der 2.Republik bringen wird!

Wenn jeder ohnedies schon sehr verdünnte und abgewertete Lohnschilling im kommenden Jahr auf de facto 90 Lohngroschen herunterinflationiert wird, so sollen die Arbeiter sich das laut Benya-Sallinger-Pakt widerstandslos gefallen lassen! Sie sollen damit einverstanden sein, für ihre steigenden Arbeitsleistungen, für erhöhtes Arbeitstempo und zunehmenden Verschleiß von Arbeits- und Lebenskraft mit Papierchen entlohnt zu werden auf denen zwar weiter eine schöne runde Zahl steht, die in Wirklichkeit aber längst nicht mehr stimmt und die nun noch mehr zur Lüge wird!

Schon im August 1972 hatte ÖGB-Präsident Benya genug Kaltschnäuzigkeit, in einem der Unternehmerzeitung "Presse" gegebenen Interview zu versprechen, die Gewerkschaften würden 1973 keine neuen Lohn- und Gehaltsforderungen unterstützen, um "der Wirtschaft eine Zeit zum Atemholen zu geben", das Jahr 1973 werde eine "Durststrecke" sein. Für wen der ÖGB-Präsident das Jahr 1973 zu einer Durststrecke machen will, ist dabei sonnenklar, nämlich für die Arbeiter und Angestellten, für alle kleinen Leute, für jene, die alle Werte schaffen! Deswegen konnte die Unternehmer-"Presse" am 10.8.72 auch in einem Leitartikel jubilieren:



Kreiskys Weihnachtstraum 1972

"Solche Direktiven lassen für die Zukunft einiges erhoffen. Positives."

Zynisch fügte die "Presse" hinzu, beim internationalen Gewerkschaftskongreß in London hätten englische Kollegen an die ÖGB-Führer die Frage gestellt, ob es sich bei den österreichischen Gewerkschaften nicht eigentlich um "gelbe" Organisationen handle, da sie doch "mit den Unternehmern solidarisch" sind. Benya und Genossen seien - so meint die "Presse" - auf solche Kritiken aber eher stolz und es sei ganz sicher:

"Der ÖGB wird auch auf weite Sicht nicht aus der Sozialpartnerschaft ausbrechen ... Da läßt man sich lieber von englischen Kollegen 'Gelbe' nennen."

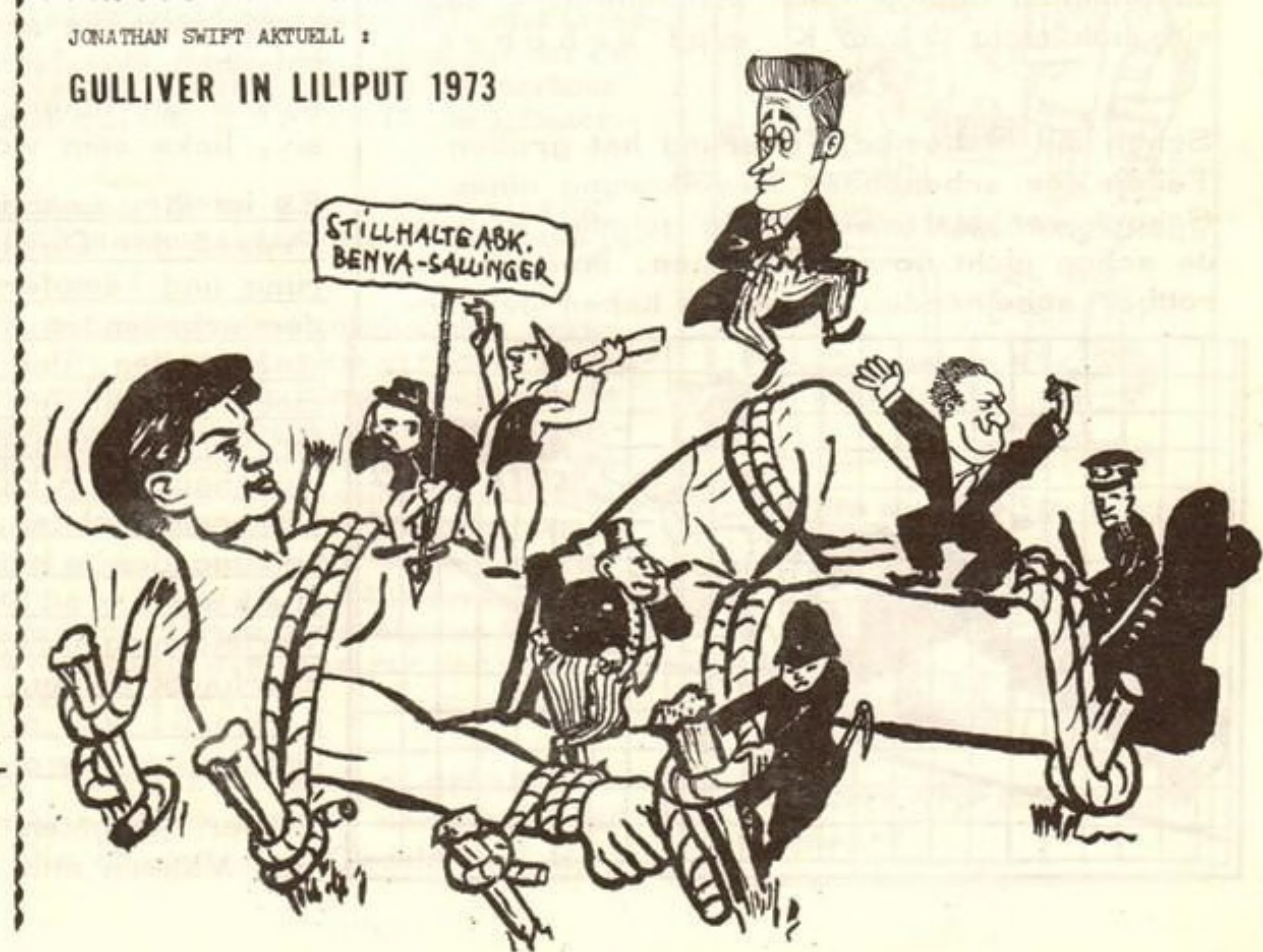
⇨

Die Proklamierung der "Durststrecke" für 1973 durch Benya ist nur eine, wenn auch sehr prominente Stimme in einem gewaltigen P r o p a g a n d a - O r c h e s t e r, das nun mit zunehmender Lautstärke aus allen Regierungslautsprechern, aus einer nicht endenden Flut von Aufrufen, Politikerreden und Zeitungsartikeln erschallt und die Gehirne der arbeitenden Menschen massiert, um sie zum "Opfer für die Wirtschaft bringen", zur "Besonnenheit", "Zurückhaltung", "Disziplin" aufzurufen, während die Teuerung fortschreitet und sich noch beschleunigt. Freilich versichern die Herrschaften dann und wann auch heuchlerisch, daß nicht nur die Arbeiter, sondern "alle" Opfer bringen müßten. Aber daß solche lügnerischen Versicherungen und platonischen Appelle an die "Wirtschaft", auch ihrerseits "Zurückhaltung" zu üben, "knapp zu kalkulieren", "nur die notwendigsten Preiserhöhungen durchzuführen" usw.usw. freche A u g e n a u s w i s c h e r e i und glatter B e t r u g sind, erweist sich tausendmal an jedem Tag. Daß es a u s s c h l i e ß l i c h darum geht - neben den arbeitenden Bauern - die A r b e i t e r zur Ader zu lassen, kann kaum noch deutlicher gesagt werden, als es der vielzitierte Wirtschaftsexperte der SPÖ, der Herr "Generalrat" Karl A u s c h am 9.November 1972 in der "Arbeiter-Zeitung" (sie nennt sich tatsächlich noch so!) getan hat. Dieser merkwürdige "Sozialist" schreibt dort wortwörtlich:

"Die Geldentwertung... ist eine Folge der Überforderung der Wirtschaft...Die Wahrheit ist, daß die Überforderung des Sozialprodukts vor allem durch jene L o h n - und G e h a l t s e r h ö h u n g e n ausgelöst wird, die beträchtlich über die reale W e r t s c h ö p f u n g der W i r t s c h a f t hinausgehen ... Die Tatsache, daß die Zusammenhänge zwischen L ö h n e n und I n f l a t i o n fast wie ein Tabu behandelt werden, birgt große Gefahren. Es geht wie in einem Krimi zu, in dem ständig durch falsche Spuren von dem w i r k l i c h S c h u l d i g e n abgelenkt wird... Eine Abgeltung oder Kompensation für die Inflation gibt es nicht...Im Gegenteil... Die gesamte B e v ö l k e r u n g muß deutlich spüren, daß gegen die Inflation zu Feld gezogen, daß die Ansprüche an das Sozialprodukt auf das erlaubte Maß z u r ü c k g e s c h r a u b t werden."

Das ist das unverhüllte Programm der Kürzung der Reallöhne, der Senkung des Lebensstandards der Massen, des "Zurückschraubens" ihrer Futter-Rationen, das Programm der absoluten und relativen Senkung der Löhne und der absoluten und relativen Vergrößerung des Mehrwerts, das Programm der V e r s c h ä r f u n g d e r A u s b e u t u n g !

Für einen "Wirtschaftsfachmann" wie Ausch bestehen alle Preise einfach aus Arbeiter- und Angestelltenlöhnen, aus sonst nichts. Unternehmerprofite? Nie was davon gehört. Die 37 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens, die der österreichische Staat (laut OECD-Bericht) in Form von Steuern und Abgaben, vorwiegend Lohn- und Verbrauchssteuern, an sich reißt? Uninteressant. Die schmarotzerischen Groß- und Zwischenhandelsgewinne, Spekulation, Korruption usw.usf. - all das existiert nicht für Herrn Ausch. Er sieht nur die Löhne und weil sie ihm als viel zu hoch erscheinen, will er dran drehen und sie herunterschrauben. Der eigentliche Übeltäter im Wirtschaftskrimi dieses Musterschülers von Kreisky und Co. ist endlich gefaßt und soll nun büßen: der österreichische Arbeiter und seine wirtschaftsschädigende "Begehrlichkeit". Diese Ergänzung des SPÖ-Programms sagt mehr als alle anderen Paragraphen zusammen: Die Reichen sollen noch reicher, die Armen ärmer werden, den Herrschaften, die seit eh und je im Fett schwimmen, soll geholfen werden, je-



nen arbeitenden Menschen in Stadt und Land aber, die buchstäblich alle Werte schaffen, sollen neue Schröpfköpfe angesetzt werden, sie sollen den Gürtel enger schnallen.

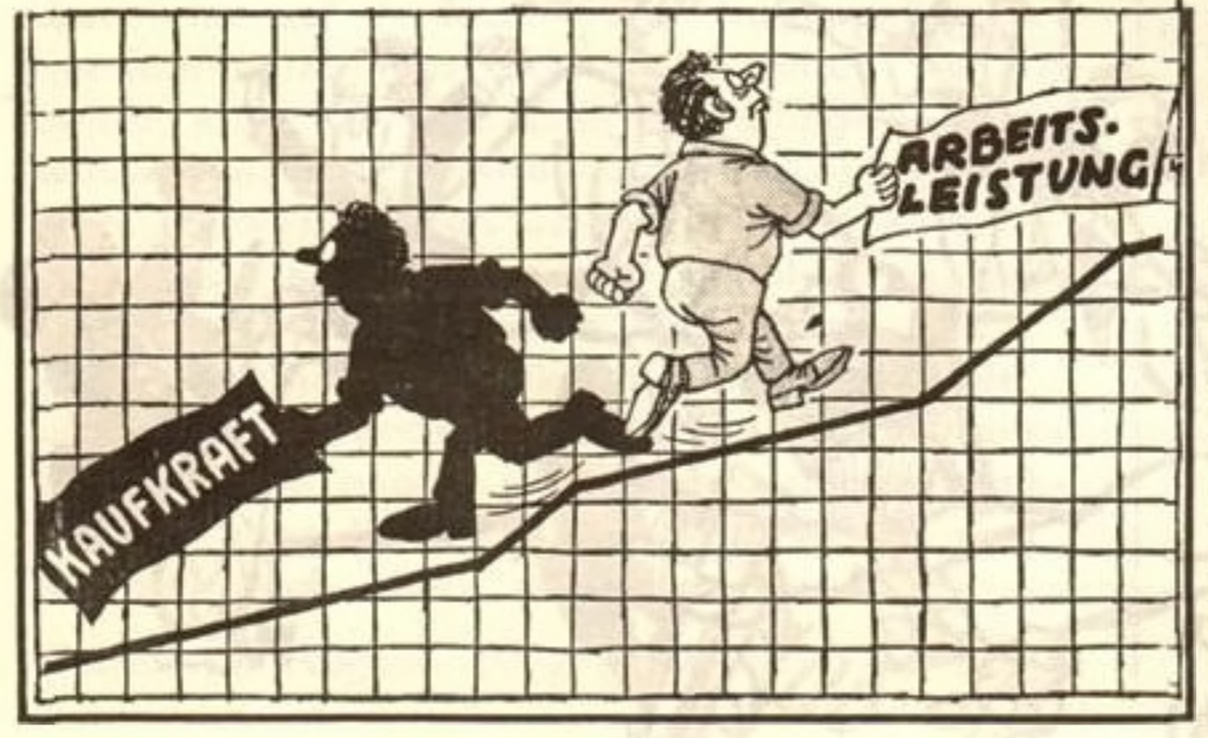
Kein "Gelber", kein Streikbrecher, kein Unternehmersprecher kann unverschämter argumentieren. Sie haben das auch garnicht nötig. Es genügt für sie, einfach den "Sozialisten" Ausch und die "Arbeiter-Zeitung" der SPÖ zu zitieren. Welche bittere Ironie liegt doch darin, daß sich in dem Unternehmer-Chor, der Ausch für seine "offenen Worte" Beifall klatschte, auch Stimmen fanden, nach deren Meinung der SPÖ-Experte etwas übers Ziel schießt:

"Hätte sich ein Unternehmer derart unverblümt geäußert - es wäre ihm als Störung der Sozialpartnerschaft angekreidet worden", schrieb der "Kurier" am 10. November und betonte, wie überaus "verdienstvoll" es sei, wenn der SP-Wirtschaftsexperte Ausch solches schreibe und das Zentarorgan der SPÖ das ihren Lesern vorsetzt. Leider aber sei der verdienstvolle Vorschlag kaum durchzuführen, denn "die Streichung jeder Teuerungsabgeltung auf dem Lohnsektor ... würde die Arbeitsplätze im Westen Österreichs blitzartig entvölkern ... und daß in diesem Falle sofort eine Radikalisierung einträte, ist auch klar."

Die Ausch und Co. gehen in ihrem liebedienerischen Eifer und Überschwang so weit, daß sie am Ende das Huhn abschlachten würden, das den Kapitalisten die goldenen Eier legt. Der kapitalistische "Kurier" drückt es nobel aus: Du hast viel Eifer, aber wenig Hirn, lieber Freund, wir müssen aufpassen, daß uns die Arbeiter nicht davonlaufen oder - noch schlimmer! - daß sie sich nicht zum Kampf erheben!

* * *

Schon die bisherige Teuerung hat großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung einen Schock versetzt. Sie hatten gehofft, es werde schon nicht so arg kommen. Ihre unausrottbar scheinenden Illusionen haben den ersten schweren Schlag erhalten. Was nun weiter auf sie zukommt, wird den Schock verstärken. In tausenden und zehntausenden Familien von Arbeitern, Angestellten, arbeitenden Bauern und kleinen Gewerbetreibenden hat ein Prozeß der Ernüchterung, des Nachdenkens begonnen. In den Betrieben und auf den Märkten nehmen die Zeichen der Unruhe und Unzufriedenheit zu. Dominierte früher die Auffassung: "Sind wir froh, wenn es so bleibt!", so hört man jetzt immer öfter: "So darf es nicht bleiben! So kann es nicht weitergehen!" Dieser Prozeß wird sich im kommenden Jahr verstärken.



Die Unternehmer und ihre Kreaturen wissen das und sie fürchten diese sich nun beschleunigende Entwicklung, die eine Voraussetzung und ein Vorbote kommender Klassenkämpfe ist, wie die Pest. Für uns, für alle, denen das Schicksal der arbeitenden Menschen unseres Landes am Herzen liegt, sind es Zeichen voller Hoffnung, aber auch voll von Aufgaben und Verpflichtungen.

Der berühmte Satz von Karl Marx, daß es nicht genügt, die Welt zu interpretieren, sondern daß es darauf ankommt, sie zu ändern, ist aktueller denn je. Den in Österreich vor sich gehenden Ernüchterungs- und Denkprozeß, der ein Prozeß der Herausbildung eines neuen kämpferischen Bewußtseins der österreichischen Arbeiterklasse ist, bloß freudig zu registrieren und zu beklatschen, hilft garnichts - man muß ihn aktiv unterstützen, fördern, vorantreiben! Im besonderen liegt hierin jetzt die große Aufgabe der österreichischen Marxisten-Leninisten und aller Kräfte überhaupt, die revolutionär, progressiv, links sein wollen.

Es ist ihre unabdingbare Pflicht, in den Prozeß der Desillusionierung, der Aufklärung und kämpferischen Mobilisierung der arbeitenden Massen mit aller Energie einzugreifen, den noch Blinden den Star zu stechen, den um Erkenntnis Ringenden weiter vorwärtszuhelfen, aus sympathisierenden Zuschauern Aktivisten zu machen; die Unvermeidlichkeit, Notwendigkeit und Verheißung des aktiven Kampfes der Massen selbst, ohne den es keine Verteidigung ihrer Lebensinteressen, ja überhaupt keinen Fortschritt gibt, allgemein bewußt zu machen und diesen Kampf konkret zu organisieren.

In der gesamten Tätigkeit unserer Partei in den Massen muß hier im kommenden Jahr

der Angelpunkt, das Schwergewicht liegen. Natürlich, wir sind zahlenmäßig noch schwach und dementsprechend sind unsere Möglichkeiten noch eng begrenzt - aber nur auf diese Weise werden sie wachsen, werden wir stärker werden und damit auch der österreichischen Arbeiterklasse besser dienen können.

Als im November die Kaltarbeiter des Walzwerks im Gußstahlwerk Judenburg die Arbeit niederlegten, um eine Erhöhung ihrer unverhältnismäßig schlechten und durch die Teuerung weiter entwerteten Löhne durchzusetzen, waren das bloß 200 Arbeiter von fast 2,5 Millionen österreichischen Arbeitern und Angestellten. Doch welche Aufregung ergriff sofort Unternehmer, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie! Und wie eifrig wirkten sie sofort alle zusammen, um den Streik niederzuschlagen, diesen für sie so gefährlichen Funken proletarischen Kampfes schnellstens wieder auszutreten! Es wäre für sie eine Kleinigkeit gewesen, den 200 Arbeitern dieses verstaatlichten Betriebes die geforderte Lohnerhöhung zu geben und sie damit zufriedenzustellen. Doch nein - sie setzten alle Hebel dagegen in Bewegung, mobilisierten ihr ganzes Repertoire von Drohungen und Erpressungen einerseits, von leeren Versprechungen und Hinhaltetaktiken andererseits, die Direktion organisierte den Streikbruch und die Gewerkschaftsführung verweigerte jedwede Streikunterstützung - alles nur, um die Judenburger Walzwerker mürbe zu machen, zu demoralisieren und auszuhungern, sie mit leeren Händen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Warum? Weil die Herrschaften das Beispiel fürchteten, welches dieser Kampf der 200 den zweieinhalb Millionen anderen gab! Sie, die großen Herren, denen alles zur Verfügung steht, was sich denken läßt, fürchten 200 kämpfende Arbeiter - und sie haben Ursache, sie zu fürchten, eben weil hinter den 200 die Millionen anderen stehen, die gleiche Interessen haben, für die gleichen Erkenntnisse ungeheuer "anfällig" sind und so wie die Judenburger morgen den Kampf beginnen könnten!

"Die Angst vor dem Beispiel England oder gar Italien sitzt Österreichs Wirtschaftsführern tief in den Knochen - nicht nur der Unternehmerschaft, auch der Gewerkschaftsspitze", schrieb die durchaus systemkonforme österreichische Monatsschrift "Profil" am 7. Dezember 1972 sehr treffend.

Und die großbürgerliche schweizerische "Neue Zürcher Zeitung" schilderte es am 15. November 1972 in einem Österreich-Bericht noch detaillierter:

"Der (österreichische) Preisindex hat nun in seiner unheimlichen Bergfahrt im vergangenen Monat die 7-Prozent-Marke erreicht. Die Auguren befürchten, daß das nächste volle Prozent schon gegen Jahresende in Sicht kommen werde. Zu Beginn des neuen Jahres wird die Mehrwertsteuer in Kraft treten, deren Auswirkungen auf die Preisentwicklung niemand abzuschätzen vermag. Vielen kommt es vor, als schicke man sich an, mit verbundenen Augen in einen reißenden Strom zu springen. Angesichts dieser Entwicklung wächst der Druck von unten. Die Zeichen sozialer Unrast mehren sich... Die sozialistischen Gewerkschafter haben ihre liebe Not, den Unmut in den eigenen Reihen zu zügeln... Die Frage ist, wie lange die Dämme der Contenance (Ladungsfähigkeit, Anmkg.) halten werden."

Diese Dämme haben schon viel zu lange gehalten! Sorgen wir dafür, tragen wir unser Bestes dazu bei, daß sie endlich brechen! Die Dämme der Geduld und Be-

„Wirtschaftskunde"

WENN DER UNTERNEHMER DIE PREISE ERHÖHT, UM MEHR PROFITE ZU MACHEN, DANN IST DAS



Konjunktur!

ABER WENN DIE ARBEITER HÖHERE LÖHNE FORDERN, DAMIT SIE DIE HÖHEREN PREISE AUCH ZAHLEN KÖNNEN, SO IST DAS



Inflation!

„Abkühlungspolitik"



lastungsbereitschaft der arbeitenden Massen unseres Landes endlich zu brechen, ist nicht nur unmittelbares Erfordernis eines wirksamen Kampf s zur Sicherung ihrer immer ernster bedrohten Lebensinteressen, sondern a ch eine Voraussetzung zur Trockenlegung des ganzen Sumpfes der Stagnation und Fäulnis, des Hinterwäldlertums und der Rückwärtserei, in den das ganze gesellschaftliche Leben zwangsläufig gerät, wenn die Arbeiterklasse, die fortschrittlichste Kraft unserer Zeit, schweigt und passiv bleibt.

F. St.

Organisations-Nachrichten

Marxistisch-Leninistische Studienzirkel

In den vergangenen Jahren wurden innerhalb der MLPÖ, aber auch mit interessierten Nichtmitgliedern, insbesondere Lesern und Freunden der "Roten Fahne", verschiedene Vortrags- und Diskussionszyklen über Grundfragen des Marxismus-Leninismus veranstaltet, wobei die Zirkel je nach ihrer jeweiligen Zusammensetzung, je nach den örtlichen Bedingungen und Besonderheiten sehr verschiedenartig waren. Auch bei der Wahl der Themen wurden die Wünsche und Interessen der jeweiligen Teilnehmer in den Vordergrund gestellt und auch die Art der Durchführung, etwa das Verhältnis von einleitendem Referat, seminaristischer und freier Diskussion, weitgehend den Zirkelteilnehmern selbst überlassen. Diese Elastizität und Abstimmung des Programms und der Durchführungsweise jedes Zirkels auf die Vorschläge seiner Teilnehmer hat sich sehr bewährt und den Zirkeln Lebendigkeit und Praxisnähe gegeben. Man muß daran also festhalten. Mit dieser Einschränkung und unter diesem Blickwinkel hat das ZK der MLPÖ vor einiger Zeit einen Themenplan für einen Grundschulungszyklus ausgearbeitet, der sich gut bewährt hat und für den Referenten bzw. Diskussionsleiter zur Verfügung gestellt werden können. Der Zyklus umfaßt folgende 8 Themen bzw. Diskussionsabende:

1) Wesen, Ziele, Gegenwartsaufgaben der MLPÖ
2) Arbeitsstil und Arbeitsmethoden der marxistisch-leninistischen Partei
3) Die marxistisch-leninistische Lehre vom Wesen des Staates
4) Was ist Ausbeutung?
5) Imperialismus und proletarische Revolution
6) Grundbegriffe der marxistisch-leninistischen Philosophie
7) Die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis nach dem 2. Weltkrieg
8) Probleme des Kampfes gegen Revisionismus und Sozialimperialismus.

Gegenwärtig beginnt in Wien ein vorwiegend aus jungen Interessenten des Marxismus-Leninismus bestehender neuer Studienzirkel seine Tätigkeit, dessen Teilnehmer eine interessante Variante zum vorstehenden Themenplan entwickelt haben, wobei versucht wird, die Grunderkenntnisse des Marxismus-Leninismus im chronologischen Zusammenhang mit der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu vermitteln. Eine ausgezeichnete Initiative dieses Zirkels besteht darin, daß er bei Beschlußfassung über die Themen und bei der Absteckung ihres Inhalts sogleich aus dem eigenen Kreis die Genossen nominiert hat, welche das Einleitungsreferat zu dem jeweiligen Thema halten und sich schon jetzt darauf systematisch vorbereiten sollen, wobei Mitglieder der Redaktion der "Roten Fahne" durch Beratung, Materialbeistellung usw. helfen. Der für diesen Wiener Zirkel erstellte Themenplan umfaßt insgesamt neun, in Abständen von 2 Wochen behandelte Themen:

1) Das Entwicklungsgesetz der Geschichte
2) Die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Besonderheiten
3) Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Ideen bis Mitte des vorigen Jahrhunderts
4) Marx und Engels - Der Marxismus - Das Wesentliche am Marxismus
5) Die internationale Arbeiterbewegung von 1871 bis zur Jahrhundertwende
6) Imperialismus und proletarische Revolution - Grundfragen des Leninismus
7) Die Herausbildung des modernen Revisionismus und der internationale Kampf gegen ihn
8) Nichtmarxistische und antimarxistische Strömungen in der heutigen Arbeiter- und Jugendbewegung
9) Entwicklungsperspektiven der Weltrevolution.

Falls entsprechendes Interesse vorhanden und ein Minimum technischer Möglichkeiten gegeben ist, können auch andere Studiengruppen auf Basis einer solchen Themengestaltung gebildet werden, wobei die Redaktion der "Roten Fahne" gerne Hilfe geben wird. Zur Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der MLPÖ nicht erforderlich, jedoch eine rechtzeitige Anmeldung, damit entsprechende Vorbereitungen getroffen werden können.

H. Parkas aus der MLPÖ ausgeschlossen

Schon mehrfach gezwungen, sich mit der prinzipienlosen Haltung und ernsten Verfehlungen von H. Parkas zu befassen, hat das Zentralkomitee der MLPÖ in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1972 einstimmig beschlossen, H. Parkas wegen fortgesetzter grober Verstöße gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Parteidisziplin und der kommunistischen Moral mit sofortiger Wirkung aller Funktionen zu entheben und aus der MLPÖ auszuschließen.

Eine detaillierte Information über den Fall H. Parkas und die daraus zu ziehenden Lehren erfolgt gesondert.

LEHRREICHES AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE

Ablenkungsmanöver

Wenn das Großkapital und sein Staat den arbeitenden Menschen neue Lasten auferlegen und ihnen den Brotkorb höher hängen, wird das immer von besonders tollen Orgien der Massenverdummung, der Augenauswischerei und Demagogie begleitet. Alle Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung werden in den Dienst solcher Kampagnen des Massenbetrugs gestellt. Die Presse anderer kapitalistischer Länder, die nicht unmittelbar interessiert ist, braucht natürlich nicht so gleichgeschaltet aufzutreten. In Fragen, die sie nicht unmittelbar selbst betreffen, kann sie dort und da auch einen Zipfel der Wahrheit lüften. Daher ist das, was gewisse ausländische Zeitungen über inländische Ereignisse schreiben, oft recht aufschlußreich, insbesondere dann, wenn es sich um Zeitungen handelt, die vor allem der Information der Bourgeoisie selbst dienen.

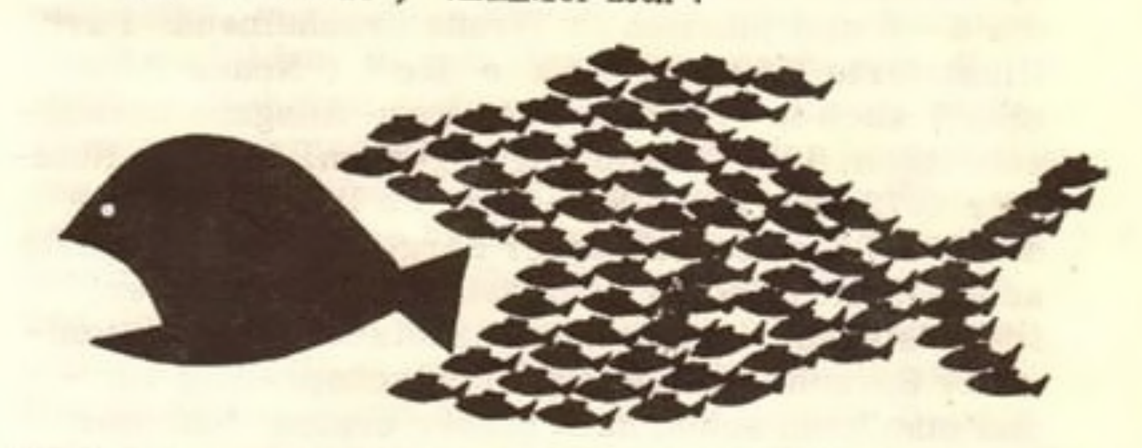
Sehen wir also, wie etwa die großbürgerliche "Neue Zürcher Zeitung" ihren Lesern über die angeblich so einschneidenden und radikalen "Maßnahmen" der Kreisky-Regierung" zur "Bekämpfung des Preisauftriebs" berichtet:

"Mitte vergangener Woche hat die Regierung Kreisky der Öffentlichkeit ein Paket von Maßnahmen vorgelegt, mit deren Hilfe eine wirksame Bekämpfung des Preisauftriebs, der im Oktober bereits die 7-Prozent-Marke erreicht hat, in die Wege geleitet werden soll... Bei der Mehrzahl dieser Maßnahmen handelt es sich nicht um Beschlüsse, sondern um Empfehlungen und Absichtserklärungen ... Erklärungen, deren Zweck offenbar darin bestand, die Bevölkerung über die Preisentwicklung zu beruhigen." (25.11.1972)

"Für das kommende Jahr, mit dem die Mehrwertsteuer eingeführt wird, ist das (die schon jetzt zu verzeichnende inflationäre Entwicklung, Anmkg.) eine denkbar ungünstige Ausgangsposition, zumal



PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT , VEREINIGT EUCH !



Androsch, der früher den Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent als 'aufkommensneutral' bezeichnet hatte, nun plötzlich verlauten ließ, daß 'nach allen internationalen Erfahrungen eine gewisse Preissteigerung nicht von der Hand zu weisen' sei und daher nach dem 1. Januar 1973 mit einem 'gewissen Preisanstieg' gerechnet werden müsse. Die Schätzungen über dessen Ausmaß gehen auseinander. Offiziell hört man von etwa 2 Prozent, was mit der laufenden Teuerungsrate acht Prozent ergäbe; andere Schätzungen auch aus dem Kreis der Arbeitnehmerverbände lauten auf neun bis zehn Prozent. Dennoch hat der Gewerkschaftsbund noch kein lautes Wort der Kritik geäußert... Die Regierung hat.. zu einer psychologischen Gegenaktion ausgeholt, die in einer Kombination von Ablenkungsmanövern und Stabilitätsbekenntnissen besteht." (27.9.1972)

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o	Immer: 43.7, 42.8
21.oo - 22.oo	und 26.2 Meter

Lachend zahlen?

Unter dem sonnigen Titel "Wer lacht, hat mehr vom Zahlen" hat der österreichische Finanzminister Androsch, der zentrale Manager der gegenwärtig laufenden Massenprellerei größten Stils, eine Schallplatte auf den Markt gebracht, in der er vorschlägt, das arbeitende Volk solle sich gegen seine Ausplünderung nicht zur Wehr setzen, sondern darüber lachen. Das heißt wahrlich zum Schaden noch den Spott fügen! 7,4 Prozent Teuerung im Herbst - oh, wie heiter! Runde 10 Prozent Teuerung im neuen Jahr - zum Totlachen! Die Steuern werden immer mehr wert, die Löhne immer weniger - furchtbar lustig! Das Arbeitstempo steigt, die Auspowerung nimmt zu, der Verschleiß von Nerven- und Muskelkraft, von Lebenskraft wächst, aber die Kaufkraft sinkt, die mühsam verdienten Arbeitergroschen werden entwertet, der Notgroschen, den du vielleicht auf der Sparkasse hast, stiehlt sich langsam davon, als hättest du ihn in einen löcherigen Sack getan und nicht auf eine Bank getragen - macht alles nichts, trag es mit Humor, lache mit dem Finanzminister!

Sollte das arbeitende österreichische Volk dem Riesenspaß nicht endlich zur noch fehlenden Pointe verhelfen und allen diesen Spaßmachern und Witzbolden lachend - in den Hintern treten?

DIE ILLUSTRIERTE "NEUES ALBANIEN" NUN AUCH IN DEUTSCHER SPRACHE

NEUES ALBANIEN

Der seit langem geäußerte Wunsch vieler deutschsprachiger Freunde des sozialistischen Albanien, die 5 - 6 mal jährlich in Tirana erscheinende Farbillustrierte "Shqiperia e Re" ("Neues Albanien") auch in einer deutschen Ausgabe herauszubringen, ist in Erfüllung gegangen. Mit der Nummer 5/72 vom Dezember liegt die im Vielfarbendruck auf Kunstdruckpapier hergestellte Illustrierte außer in albanischer, chinesischer, russischer, französischer, englischer, arabischer und italienischer Sprache endlich auch deutschsprachig vor - und man kann schon nach dieser ersten Nummer mit Sicherheit sagen, daß die Illustrierte großes Interesse und lebhaften Beifall bei allen Freunden Albaniens finden wird.

"Neues Albanien" stellt sich selbst als "politisch-gesellschaftliche Illustrierte" vor. Damit ist schon gesagt, daß sich die Zeitschrift nicht einfach auf politische Information beschränkt, sondern auch allen anderen Bereichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit des neuen, sozialistischen Albanien gerecht werden möchte, einen vielgestaltigen Querschnitt zu geben versucht, der alle wichtigeren Aspekte des Lebens in diesem hochinteressanten Land beleuchtet , seine Politik und seine Wirtschaft, das Leben des Volkes, die Tagesprobleme und die Zukunftspläne der Menschen, die albanische Kultur, Literatur und Kunst, Fragen der bewegten Geschichte des Landes ebenso wie aktuelle Ereignisse seines Lebens, dazu auch Geographisches und Naturkundliches - kurz, alles was das albanische Volk betrifft und Freunde Albaniens interessieren wird. All das wird dargebracht in erzählender, aufgelockerter, lebendiger Form, reichlichst durch Fotos und Abbildungen illustriert, auch in der Aufmachung ideenreich und gekonnt gestaltet, sodaß dem Leser eine leichtverständliche, interessante und zugleich sehr informative Lektüre über das einzige sozialistische Land Europas in die Hand gegeben ist.

Zufällig am Tage der Auslieferung der ersten deutschsprachigen Nummer von "Neues Albanien" übergab uns ein alter Arbeiter, der nun auf 60 Jahre unermüdliche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken kann, eine Anzahl von Büchern, darunter eine aus dem Jahre 1906 stammende Ausgabe von "Meyers Konversationslexikon". Zusammen schlugen wir das Stichwort "Albanien" auf und lasen hier:

" ALBANIEN (türk.Arnautluk), wilde, schwer zugängliche, vielfach noch von unabhängigen Stämmen bewohnte Gebirgslandschaft in der Türkei... ALBANESEN, sie sind wild, kriegerisch, viele als Söldner auswärts. In ihren Sitten zeigen sich noch viele altbarbarische Gebräuche (Blutrache). Die geistige Bildung ist überaus niedrig..."

Nun, bloß zwei Generationen später, blättern wir in einer aus Albanien kommenden deutschsprachigen Illustrierten, die in Wort und Bild vom neuen, vom heutigen, vom freien, sozialistischen Albanien berichtet, einem Land, dessen erstaunliche Errungenschaften, dessen großartige politische, wirtschaftliche und kulturelle Leistungen, dessen rasches Entwicklungstempo und dessen begeisterndes Beispiel in aller Welt Beachtung und Bewunderung finden. Was ist das Geheimnis dieses Wunders? "Neues Albanien" ist eine ausgezeichnete Hilfe, auf diese Frage die richtige Antwort zu finden.

* * *

Auf Grund des Entgegenkommens der Herausgeber des "Neuen Albanien" ist der Vertrieb der "Roten Fahne" in der angenehmen Lage, einem wechselnden Teil der RF-Abonnenten jeweils eine Nummer des "Neuen Albanien" kostenlos zu übersenden, damit sie die Zeitschrift kennenlernen und vielleicht später abonnieren können. Leider sind die Abonnementgebühren für Österreich noch nicht endgültig fixiert, doch werden sie sicherlich nicht allzu hoch sein. Sobald wir Genaueres wissen, werden wir das den Interessenten in einer besonderen Aussendung bekanntgeben.

Wir bitten aber schon jetzt alle Interessenten der Zeitschrift "Neues Albanien", uns unverbindlich ihre Adresse bekanntzugeben, damit wir sie auf dem Laufenden halten, vor allem aber auch, damit wir sie bis dahin mit der Illustrierten beliefern können, nämlich mit Werbe-Exemplaren, deren Bezug natürlich noch zu keinem Abonnement verpflichtet.

Sehr dankbar sind wir für die Bekanntgabe von Namen und Adressen eventueller Interessenten durch unsere Leser. Gerne werden wir an solche Adressen einige kostenlose Probenummern senden.

Schwieriger ist es in Falle unserer ausländischen Freunde und Abonnenten. Auch ihnen können wir Probehefte von "Neues Albanien" senden, wenn sie das wünschen, doch müssen wir infolge der hohen Portokosten um Porto-Ersatz ersuchen, was am besten durch Übersendung internationaler Postantwortscheine geschehen kann.

AUS DEM INHALT DER ERSTEN DEUTSCHSPRACHIGEN NUMMER

- Der Riese der albanischen Elektroenergiewirtschaft.
- Wasser und Licht.
- Dreiviertel Millionen.
- Der Arbeiter und der Direktor.
- Vergleiche, die für sich sprechen.
- Die Schrittmacher.
- Die Ausländer über Albanien.
- Die Erste Konferenz für Illyrische Studien.
- Regenbogenfarben.
- Der Kämpfer (Erzählung).
- Die Städte und ihre Bevölkerung.
- Dorf und Stadt — Zwei Wege, die zu einem werden.
- Ein Tag im Kindergarten Nr. 9.
- Farbenfreude eines Folklorefestivals.
- Der Jüngste in Europa.
- Eine alte Ballade.
- Eine Perle der albanischen Natur.

Zur Vietnam-Demonstration vom 17. November 1972 in Wien

Am Abend des 17. November 1972 fand in Wien eine recht eindrucksvolle Demonstration der Solidarität mit dem heroisch kämpfenden vietnamesischen Volk und des Protestes gegen die immer neuen barbarischen Kriegsverbrechen der US-Imperialisten in Indochina statt. Die Demonstration, an der sich mehr als 1000 Aktivisten mit zahlreichen Transparenten, Tafeln und Fahnen beteiligten, bewegte sich unter ständigen Sprechchören und teilweise im Laufschritt durch mehrere Wiener Bezirke. Nach einigen Zwischenkundgebungen wurde sie mit einer Abschlußveranstaltung in der Leopoldstadt beendet.

Diese Wiener Vietnam-Demonstration hatte eine interessante Vorgeschichte. Von Seiten einiger der teilnehmenden Organisationen und Gruppen, darunter den MLS (die sich als "Marxistisch-leninistische Studenten" bezeichnende größte linke Studentenorganisation an der Wiener Universität), hatte zunächst die Absicht bestanden, die Solidaritätsaktionen für Vietnam in Zusammenarbeit mit den KPÖ-Revisionisten durchzuführen. In politischer Hinsicht war dabei nicht nur der noch deutliche Einfluß revisionistischer Illusionen und Tendenzen bei vielen österreichischen "Linken" maßgebend, sondern auch ein prinzipienloses, falsches Verständnis der notwendigen Einheitsfrontpolitik, sowie die Spekulation, den relativ umfangreichen, immerhin auf eine Tageszeitung gestützten Propaganda- und Agitationsapparat der Revisionisten ausnützen zu können, um größere Teile der Bevölkerung auf die Demonstration aufmerksam zu machen.

Doch die Verhandlungen mit den KPÖ-Revisionisten offenbarten sehr bald, wie absurd die Vorstellung ist, mit Revisionisten eine wirklich kämpferische Einheitsfront bilden zu können. Auf ihre reichen technischen Mittel und ihre finanzielle Überlegenheit pochend, forderten die KPÖ-Führer praktisch die Befehlsgewalt über die Demonstration. Indem sie alle ihre massenlosen "Massenorganisationen" bis herunter zu "Kinderland" als mitwirkende Organisationen nominierten, versuchten sie ein zentrales Aktionskomitee zu bilden, in dem ihnen von vornherein die absolute Mehrheit sicher war und das sie als bloße Abstimmungsmaschine hätten verwenden können. Dieses angeblich "überparteiliche", angeblich "demokratische" Komitee hätte Mehrheitsbeschlüsse über Inhalt und Verlauf der Demonstration, über Reden und Redner, sogar über den Text der Sprechchöre und die Inschriften der Transparente fassen sollen. Die Sache lief somit auf eine bis in kleinste Details gehende Zensur heraus. Die geplante "gemeinsame" Demonstration der "linken" Organisationen und Gruppen wäre eine Demonstration der revisionistischen KPÖ für ihre revisionistischen Zwecke geworden, bei der die Masse der Beteiligten als bloße Statisten fungiert hätten, um der Muhri-Partei ein revolutionäres Feigenblatt umzuhängen und sie als "Zentrum" und "Führungskraft" aller antiimperialistischen Kräfte unseres Landes vorzuspiegeln.

Besonders provozierend wirkte es, daß die KPÖ-Revisionisten ihre Hauptbemühungen sogleich dem Ver-

---

"Unbekannte Täter", wie es im Polizeijargon heißt, haben im Oktober 1972 in der Westbahnhof-Unterführung in Wien das nebenstehende Zitat aufgemalt. Seither ziehen täglich zehntausende Menschen an dem treffenden Satz vorüber und die meisten von ihnen denken: "Stimmt haargenau!"

Wie man uns mitteilt, soll es aber auch einige Ästheten geben, die meinen, man sollte solche und andere durchaus richtige Feststellungen doch lieber mit schöner Schrift auf Plakate und Flugblätter setzen und damit in optisch ansprechenderer Art verbreiten. Man könnte dem zustimmen, doch leider sind die Dinge nicht so einfach. Seit Jahr und Tag verhängen Polizei, Justiz und Wiener Stadtverwaltung über Plakatierer und Flugblattverteiler - vorausgesetzt, daß es keine Nazis sind! - eine Schikane nach der anderen, nehmen selbst die lächerlichsten Vorwände zum Anlaß, die auf linksgerichteten Plakaten und Flugblättern angegebenen "Für den Inhalt Verantwortlichen" durch räuberische Geldstrafen auszubluten oder erschweren das Plakatieren und Flugblattverteilen linksgerichteter Kräfte auf andere gehässige Art. Es ist noch nicht lange her, seit ein Linzer Lehrling wegen einiger Flugblätter, in denen angeblich das österreichische Bundesheer beleidigt worden war, sage und schreibe 16.500 Schilling an Strafen und Gerichtskosten aufgebrummt bekam. Politische Wahrheiten mit Pinsel und Farbe an vielfrequentierten Plätzen anzubringen, scheint da doch vorteilhafter, zumal sich dieses Verfahren nicht nur durch Billigkeit und Haltbarkeit auszeichnet, sondern auch dadurch, daß man der Behörde kein Opfer zum Fraß vorwerfen muß, an dem sie noch Monate später Rache nehmen kann. Mögen die Herren und Damen Ästheten ihre feinsinnigen Kritiken also an jene Stellen richten, welche die legalen Möglichkeiten des politischen Kampfes in Österreich immer mehr zu behindern und einzuschränken suchen.

such zuwandten, alles aus der Demonstration herauszufiltern und zu verbieten, was als eine Solidarisierung mit der Politik der Volksrepublik China in der Vietnamfrage oder gar als eine Kritik an der Politik der Kremlführer bezüglich Indochinas hätte aufgefaßt werden können. Die Sorge um die Reputation der neuen Zaren im Kreml war den KPÖ-Revisionisten tausendmal wichtiger als alles andere und sie zeigten dabei ihre traurige Rolle als Hampelmänner und Agenten der sowjetischen Sozialimperialisten so deutlich, daß die Fortsetzung der Verhandlungen unmöglich wurde. Außer den restlos im Sumpf des Opportunismus vegetierenden "linken" Wurmfortsätzen der SPÖ, dem VSM ("Verband sozialistischer Mittelschüler") und VSStÖ ("Vereinigung sozialistischer Studenten") war keine Organisation oder Gruppe bereit, unter ein solches revisionistisches Joch zu kriechen und sich als bloßes Anhängsel der KPÖ-Führer mißbrauchen zu lassen.

Für die beim VSM herrschende Art von "linker" Gesinnung und Prinzipientreue war übrigens der originelle Vorschlag ihres Sprechers bei den Vorverhandlungen kennzeichnend, die MLPÖ sollte einem Verzicht auf jede "antisowjetische" Kritik zustimmen, wofür man ihr quasi als Gegenleistung einen Verzicht auf "antichinesische" Polemik biete. Selbstverständlich löste das Angebot eines solchen Schachers lediglich Gelächter aus.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen diverser "Linker" mit den KPÖ-Führern (an denen sich die MLPÖ nicht mehr beteiligte) führten diese ihre eigenen Vietnam-Veranstaltungen durch, während FÖJ ("Freie Österreichische Jugend"), MLS und eine Anzahl weiterer mehr oder minder linker Gruppen vorwiegend aus dem studentischen Bereich, einschließlich eines Teiles des sogenannten "Sozialdemokratischen Vietnam-Komitees" und etlicher trotzkistischer Grüppchen, die Demonstration vom 17. November beschlossen.

Für die MLPÖ war es unmöglich, sich in den bunten und widerspruchsvollen Haufen der "Veranstalter" dieser Demonstration einzureihen und die Mitverantwortung für ihre Absprachen untereinander und mit der Polizei zu übernehmen. An der Demonstration selbst aber, deren Teilnehmer zu großen Teilen keiner der "veranstaltenden" Organisationen und Gruppen direkt angehörten, beteiligten wir uns im Sinne unserer eigenen Beschlüsse und unserer unabhängigen Politik.

Ihrer ganzen Entstehungsgeschichte nach und entsprechend der widerspruchsvollen Rolle der sie einberufenden Gruppen, konnte die Demonstration vom 17. November keinen einheitlichen Charakter haben. Unter vielen sehr guten, richtigen und revolutionären Parolen gab es minder richtige und auch direkt falsche, illusionäre, linkssektiererische, reformistische oder trotzkistische. Die große Mehrzahl der Transparente und Tafeln stellte ganz richtig die Forderung nach sofortiger Unterzeichnung des schon vereinbarten, aber von den USA-Imperialisten und ihrer Thieu-Bande sabotierten Neun-Punkte-Abkommens in den Mittelpunkt, enthüllte die Heuchelei und Barbarei der Nixon-Regierung, forderte die sofortige Anerkennung der DRV und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams durch die österreichische Regierung usw. Aber daneben und dazwischen manifestierten sich auch allerlei Unklarheiten, Dummheiten oder trotzkistische Verdrehungen. Ein Beispiel: Wenige Meter nach einem großen Transparent, das die verräterische Haltung der sowjetischen Sozialimperialisten anprangerte, die ein faules, ihnen und den US-Imperialisten dienendes Kompromiß in der Vietnamfrage erzwingen wollen und sich nicht scheuen, offen mit der verbrecherischen Lon-Nol-Clique in Kambodscha zusammenzuarbeiten, marschierte die hirnrissige Forderung nach einer "Einheitsfront" Chinas mit den Kreml-Führern zur "Unterstützung Vietnams". Trug man hier eine Parole, die auch Kreisky selber nicht zahnloser hätte formulieren können, rief man nebenan nach "Bomben auf das Pentagon" und trotteten dahinter einige Trotzkisten, deren revolutionäre Weisheit derzeit in der Parole gipfelt, auch in Nord- und Südvietnam stehe heute "der Hauptfeind im eigenen Land".

Dennoch - trotz all dieser Ungereimtheiten, in welchen sich die ganze Unreife der linken Bewegung in Österreich und ihr gewaltiger Rückstand im Vergleich zur linken Bewegung in den meisten anderen europäischen Ländern unmittelbar widerspiegelt - war die Demonstration vom 17. November 1972 alles in allem genommen eine gute Sache, ein Erfolg.

Uns scheint bei dieser Einschätzung ausschlaggebend, daß der Großteil der Parolen richtig und revolutionär war und die Demonstration viele ehrlich und ernstlich nach links tendierende junge Menschen zu einer kämpferischen Aktion zusammenführte, die ihnen neue Impulse gab.

Ein weiteres hervorragendes Plus liegt darin, daß die Demonstration trotz gegenteiliger Absprachen der Einberufer mit der Polizei nicht schweigend über die unerhörte Provokation hinwegging, welche der Besuch des indonesischen faschistischen Schlächters Suharto am gleichen Tag in Wien bildete. Aus Gründen des lieben Friedens mit der Polizei darauf zu "vergessen", daß sich eben zum Zeitpunkt der Demonstration eine der blutigsten Kreaturen des US-Imperialismus in Wien befindet, umtanzt von den Würdenträgern des offiziellen Österreich, "kulturell" bedient vom Ensemble der Wiener Staatsoper, das sich wohl selten ärger prostituiert hat, politisch bedient von einem Massenaufgebot von Polizei, die dem indonesischen Henker zu Ehren ganze Stadtteile in ein Heerlager verwandelt hatte - über alles das einfach wortlos hinwegzusehen, wäre eine unendliche Schande, eine entsetzliche Schmach gewesen. Glücklicherweise - wir können ruhig sagen, dank der MLPÖ - ist es nicht dazu gekommen, gestaltete sich die Demonstration der Solidarität mit dem heldenhaften vietnamesischen Volk zugleich auch zu einer Demonstration der Solidarität mit dem schwer geprüften indonesischen Volk und seiner sich zu neuen Kämpfen formierenden marxistisch-leninistischen Partei.

Daß die Demonstration vom 17. November eine insgesamt positive Aktion des Kampfes gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer war, widerspiegelte sich auch in der Haltung der österreichischen Presse, des Rundfunks und des Bacher-Fernsehens, die über dieses ihnen und ihren Drahtziehern höchst mißfallende Ereignis mit ein paar demagogischen Sätzen oder mit totaler Schweigetaktik hinweg eilten. Zur lückenlosen Totschweigetaktik griff charakteristischerweise vor allem das Zentralorgan der KPÖ-Revisionisten, die sogenannte "Volksstimme". Sie fand in diesen Tagen zwar Platz

für so wichtige Berichte wie "Greisin verschenkte Gasluster", "Onkel als Kidnapper", "Schüsse auf Großmutter", "Amerikanischer Schimpanse lernt Sprache", sie widmete sogar der bedeutsamen Frage "Ist das Götz-Zitat beleidigend?" eine kenntnisreiche Untersuchung, doch zu der Vietnam-Demonstration von mehr als 1000 jungen Menschen in Wien hatte sie nicht ein einziges Wort zu sagen.

Schließlich kann die Demonstration vom 17. November auch insoferne als erfolgreich eingeschätzt werden, als sie uns und nicht nur uns viele wertvolle Lektionen erteilt hat - Lektionen über die Methoden der Polizei, Lektionen zum Thema "Einheitsfront", Lektionen über links und "links", Lektionen vor allem über die unbedingte Notwendigkeit, unsere Partei zu stärken.

Wir haben freilich nie geglaubt, daß eine wirklich starke revolutionäre Partei und Bewegung in unserem Land einfach aus der Verschmelzung eines Dutzends "linker" Organisationen und Gruppen hervorgehen könne, die sich eines schönen Tages, von brüderlichen Gefühlen überwältigt, in die Arme sinken. Einen solchen Eintopf wird es nicht geben - und wenn es ihn gäbe, wäre er ungenießbar. Der Weg zu einer starken, massenverbundenen revolutionären Partei ist kein Weg geschickter Koalitionen, sondern ein Weg prinzipienfesten Kampfes. Für die ganze weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung in Österreich ist die Herausbildung und Konsolidierung eines wirklich revolutionären Kernes entscheidend, der Aufbau und Ausbau der marxistisch-leninistischen Partei - unserer Partei! -, die erfolgreiche Meisterung der ebenso schwierigen und langwirrigen wie unumgänglichen Aufgabe, ihrem verheißungsvollen Namen in der Realität in immer größerem Maß gerecht zu werden. Die Erfahrungen bei der Demonstration vom 17. November haben uns diese alten und schon so oft zitierten Erkenntnisse neuerlich eindringlich ins Bewußtsein gerufen.

Die Geniestreiche des Barons Freiherr von Holaubek

Mit Jahresende geht der langjährige Wiener Polizeipräsident Josef Holaubek in Pension. Das kapitalistische System, dessen "Ruhe und Ordnung" er während eines Vierteljahrhunderts zu behüten hatte, erweist sich als recht dankbar. Es überschüttet seinen "Freund und Helfer" mit allerlei Ehrungen und Lobsprüchen, es verwendet die Gelegenheit aber auch gleich, begeisterte Lobeshymnen über die österreichische Polizei im allgemeinen anzustimmen, die angeblich so besonders "gemütlich", "tolerant" und "human" sei. Der Zweck dieser mit allerlei rührseligen Geschichtchen und Anekdoten operierenden Reklame ist offenbar der, das angeschlagene "Image" der Polizei etwas aufzupolieren und das Volk für den Knüttel zu begeistern, der es schlägt.

Klar, daß sich der ORF-Häuptling Bacher zu Ehren des Polizei-Häuptlings Holaubek was besonderes einfallen ließ. Das Fernsehen bot seine bewährtesten Publikumslieblinge von Heinz Conrads bis Teddy Podgorsky auf, um eine im Stile von Franz Antel gehaltene "Holaubek-Story" auf die Bühne zu bringen, deren Höhepunkt in der Feststellung bestand, daß dieser ungewöhnliche Polizeichef "niemals schießen ließ". (Da die österreichische Polizei im Einzelnen bekanntlich nicht selten von der Schußwaffe Gebrauch macht, kann nur gemeint sein, daß Holaubek nicht in die Reihen von Demonstranten, von streikenden Arbeitern oder in andere "Zusammenrottungen subversiver Elemente" hat schießen lassen. Liegt es aber wirklich beim Scharm dieses Urwieners, wenn es nicht dazu kam? War es etwa Holaubeks weiches Herz, welches ihn bewog, sich in solchen Fällen mit dem Niederknüppeln, mit Faustschlägen, Schienbeintritten oder kurzzeitiger Inhaftierung zu begnügen?)

Erinnerungen an die manchmal sogar im Fernsehen übertragenen Prügelattacken der Holaubek-Polizei gegen Demonstranten paßten den Herren diesmal nicht ins Programm. Sie schwelgten in anderen Erinnerungen:

"Joschi" Holaubek, der Schlaue - die von Helmer entdeckte Geheimwaffe, um die russische Kommandantur in Wien hineinzulegen und zu übertölpeln.

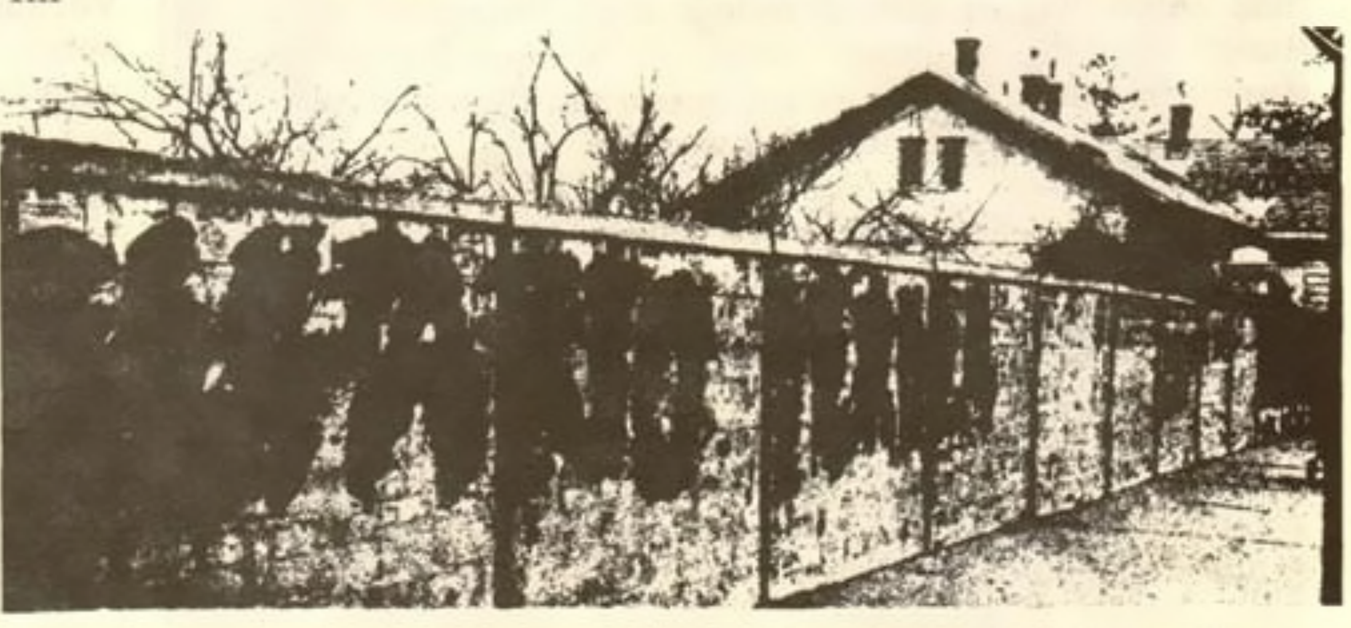
"Joschi", der Mutige - der dem Ausbrecher aus dem Zuchthaus Stein, Walter Schubirsch, mit den klassischen Worten gegenübertritt: "Schau Walter, wehr Dich net, ich bin jo bei Dir, ich, Dein Präsident!"

"Joschi", der Taktvolle - der bei der Anti-Borodajkewitz-Demonstration dafür sorgt, daß die Polizei im Hintergrund bleibt ("Das hat seine Vorteile!"), während die Nazis den Genossen Kirchweger erschlagen.

"Joschi", der Geistreiche - der mit Chruschtschow in der schwarzen Limousine nach Tulln fahrend, den infolge reichlichen Weingenusses eingeschlafenen Staatsgast unter das Fenster drückt und Afritsch veranlaßt, seine Glatze am Fenster zu zeigen, damit die Leute im Spalier glauben, den Original-Kartoffelkopf aus der Ukraine vor sich zu haben.

⇨

SUHARTO - MÖRDER!



Mit den verschiedensten Mitteln versuchte die österreichische Polizei, die anläßlich des "Staatsbesuches" des indonesischen Faschistenhäuptlings Suharto angebrachten antifaschistischen Aufschriften zu überpinseln, wegzuwischen und abzukratzen. Doch die Verbrechen Suhartos lassen sich so wenig wegwischen und unsichtbar machen wie die Schande seiner österreichischen Gastgeber.

"Joschi", der Gemütliche - der es versteht, zornige Demonstranten einfach zum Heurigen zu bringen, wo sie sanft werden und friedlich ...

Nun, wir wissen schon, was wir von all dem zu halten haben. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und auch die Herren Verfasser. Und wenn sie so rühmen, daß dieser Polizeichef nicht auf Arbeiter schießen ließ, so verstehen wir gut auch die dahinter verborgene Drohung, daß es nicht so bleiben müsse.

Bei einer der vielen Reklamegeschichten, die in letzter Zeit über Holaubek verbreitet wurden, müssen wir allerdings etwas verweilen, denn sie betrifft uns, die MLPÖ, unmittelbar. Unter dem Titel "Der Joschi wird's schon richten" hat nämlich die österreichische Springer-Illustrierte "Hör zu" vom 9./15. Dezember 1972 die nebenstehende Raubersgeschichte aufgetischt.

> In den 25 Jahren seiner Dienstzeit als Polizeichef ist bei Demonstrationen »nie was Gefährliches passiert«. Er kennt immer die Veranstalter und die Mentalität der Demonstranten. Beim letzten Staatsbesuch des indonesischen Präsidenten Suharto ließ er zwei Autos mit 10 000 Flugzetteln, die gegen ihn gerichtet waren, elegant in einen anderen Stadtbezirk umleiten, derweil Suharto mit dem österreichischen Bundespräsidenten vergnüglich in der Oper saß. Ein hoher Gast soll nicht nur wissen, daß er geschützt wird, er soll sich in Österreich auch wohlfühlen

Gestatten Sie, Herr Baron Freiherr von Holaubek, daß wir ihre Behauptungen in aller Form dementieren. Sie sind in mehrfacher Hinsicht gelogen. Wir wissen zwar nicht, wieviele unbeteiligte Autos Sie "in andere Stadtbezirke umleiten" haben lassen - aber wir können Ihnen mit Bestimmtheit sagen, daß es nicht unsere waren. Die unseren kamen unbehelligt am Bestimmungsort an und die in Rede stehenden Flugzettel, von denen es nicht 10.000, sondern an die 100.000 gab (Sie haben bloß eine Null vergessen!), wurden programmgemäß in der Wiener Innenstadt verbreitet, "derweil Suharto mit dem österreichischen Bundespräsidenten vergnüglich in der Oper saß". Auch bei den diversen Passanten, die am 16. und 17. November auf der Simmeringer Hauptstraße von der Polizei angehalten und perlustriert wurden, bloß weil sie an frischen Aufschriften mit dem Text "SUHARTO - MÖRDER" vorübergingen, handelte es sich durchwegs um Unbeteiligte. Diesmal waren Sie es, der auf die falsche Glatze hereinfiel.

Nun tritt Dr. Karl Reidinger das Amt des Wiener Polizeipräsidenten an. Er hatte den Geschmack, sich aus diesem Anlaß in einem großen Foto vorzustellen. das zeigt, wie er sich gerade aus der "Kronen-Zeitung" über die neuesten Taten der Wiener Polizei informiert. Man sieht, er ist schon auf dem besten Weg, ein neuer Holaubek zu werden.

F. St.

FRANCO UND BRESHNEW

Während der antifaschistische Widerstand des spanischen Volkes zunimmt und die Zahl der Streiks im letzten Jahr trotz des generellen Streikverbots und des herrschenden faschistischen Terrors mit 1.600 einen neuen Höhepunkt erreicht hat, verstärken die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Kollaboration mit dem Franco-Regime. In der gegenwärtigen Phase der sich rasch vertiefenden Krise der Franco-Diktatur ist das eine so offensichtliche Unterstützung dieses faschistischen Regimes, daß sich sogar die ultrarevisionistische spanische "KP" unter Leitung Santiago Carillos von den prinzipienlosen Kollaborationsakten der sowjetischen Führer distanzieren muß.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der franco-sowjetischen Kollaboration war der Abschluß des spanisch-sowjetischen Handelsvertrags im September 1972. Was diesen Vertrag so bemerkenswert macht, sind allerdings weniger seine wirtschaftlichen, als seine politischen und militärischen Aspekte. So etwa ist die Lieferung sowjetischer Flugzeuge an Franco vorgesehen, sowie die wesentliche Erweiterung der sowjetischen Rohöllieferungen an Franco-Spanien. Politisch interessant ist der Ausbau der schon 1971 gebildeten ersten gemischten spanisch-sowjetischen, beiderseits staatlichen Unternehmung "SOVHISPAN", die sich gegenwärtig hauptsächlich mit Fischfang beschäftigt bzw. die Fischereiflotten beider Länder betreut. Die vereinbarte Errichtung gegenseitiger Ständiger Handelsvertretungen in Madrid und Moskau ist eine Vorstufe konsularischer Beziehungen. Allgemein beachtet wurde auch, daß das Franco-Regime gerade in Zusammenhang mit der Intensivierung der sowjetisch-spanischen Handelsbeziehungen seine Erwartung unterstrich, von Moskau den Gold- und Devisenschatz der spanischen Republik zu erhalten, der sich dort seit 1936 befindet. Offenbar sind über diese Frage neue Verhandlungen im Gange.

Diese und andere ernste Erscheinungen haben das Exekutivkomitee der KP Spaniens (ML) veranlaßt, im November 1972 eine Erklärung zu veröffentlichen, in der alle Völker der Welt aufgefordert werden, dafür zu kämpfen, daß keine Regierung dem faschistischen Franco-Regime direkte oder indirekte Hilfe gibt, da dieses Regime nicht nur das spanische Volk blutig unterdrückt, sondern auch eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa und in der Welt bildet. Im besonderen prangert die Erklärung der KP Spaniens (ML) die verräterische Haltung der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Quislinge an, die sich nicht scheuen, von einer "Evolution des Francismus" in positiver Richtung zu faseln. Die revisionistischen Versuche, die nazistische Herkunft und den faschistischen Charakter des gegenwärtigen Regimes in Spanien in Vergessenheit geraten zu lassen, zu ignorieren und zu leugnen, sind - wie es in der Erklärung heißt - ein schwerwiegender Verrat nicht nur am spanischen Volk, sondern auch an den Interessen der von den Revisionisten beherrschten Völker selbst. Diese Versuche beweisen keineswegs irgendeine Änderung des Franco-Regimes, sie bezeugen nur, daß die heutigen Regimes in der Sowjetunion und in den von ihr kontrollierten Ländern weder fortschrittlich noch sozialistisch sind, sondern zutiefst reaktionär und daß sie auf dem Wege des Sozialfaschismus schon weit fortgeschritten sind.

SPENDET FÜR DEN RF-NOTFONDS!

GRUSSBOTSCHAFT DES ZK DER MLPÖ

ZUM 60. JAHRESTAG DER UNABHÄNGIGKEIT ALBANIENS UND ZUM 28. JAHRESTAG DER ERRICHTUNG DER ARBEITERMACHT IN ALBANIEN

Wien, im November 1972

An das Zentralkomitee
der Partei der Arbeit Albaniens
Tirana
Volksrepublik Albanien

Werte Genossen!

Am 60. Jahrestag der Ausrufung der Unabhängigkeit Albaniens und am 28. Jahrestag seiner Befreiung ist es uns, den Marxisten-Leninisten Österreichs, ein Herzensbedürfnis, der albanischen Arbeiterklasse und dem ganzen albanischen Volk, seiner großartigen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit und ihrem genialen Führer, Genossen Enver Hodscha, unsere innigsten revolutionären Glückwünsche und brüderlichen Kampfesgrüße zu übermitteln.

Die Proklamierung des selbständigen und unabhängigen albanischen Staates vor 60 Jahren war das heiß ersehnte Ergebnis eines jahrhundertelangen heroischen Kampfes des albanischen Volkes und eröffnete eine neue Etappe voll großer Hoffnungen und Möglichkeiten in seiner Geschichte. Doch auch am Beispiel Albaniens erwies sich die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daß in unserer Epoche die bürgerlichen Klassen und Schichten auch in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern nicht mehr imstande sind, die nationalen Interessen konsequent zu verteidigen, sondern daß sich die Arbeiterklasse, organisiert und geführt von einer prinzipienfesten und massenverbundenen marxistisch-leninistischen Partei, an die Spitze der Nation stellen muß, um das arbeitende Volk zu seiner vollen nationalen und schließlich auch sozialen Befreiung vorwärtszuführen.

Die bürgerlichen Patrioten und Revolutionäre des Jahres 1912 vermochten nicht zu verhindern, daß sich in Albanien das reaktionäre Zogu-Regime etablierte und den Weg für eine Entwicklung frei machte, die das Land in die blutige Nacht der italienischen und später deutschfaschistischen Okkupation riß. Es war die marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens, gegründet und geführt von Enver Hodscha, die sich in dieser schweren Zeit an die Spitze der Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte des albanischen Volkes stellte und jene revolutionären Massenaktionen und grandiosen bewaffneten Kämpfe organisierte, inspirierte und leitete, welche das Land sowohl von den ausländischen Okkupanten als auch von ihren inländischen Agenten säuberten und damit sowohl den Sieg der nationalen als auch der sozialen Revolution sicherten.

Der solcherart vor nunmehr 28 Jahren errichtete sozialistische Staat der Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats unter Führung einer zielklaren und unbeirrbaren marxistisch-leninistischen Partei, hat Albanien seither in einer Weise verwandelt, die kaum ein Beispiel in der Geschichte hat. In historisch unglaublich kurzer Frist erlebte das vormals wirtschaftlich rückständigste Land Europas die Verwandlung in ein fortgeschrittenes Industrie-Agrar-Land, dessen Volk für immer von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreit ist, sich eines



GENOSSE ENVER HODSCHA WÄHREND DES NATIONALEN BEFREIUNGSKRIEGES

"Für die Revolutionäre ist es von besonderer Bedeutung, eine klare Demarkationslinie zwischen den wirklich sozialistischen Ländern und denen, die nur dem Namen nach sozialistisch sind, zu ziehen. Genau so wichtig ist es auch, zwischen den wirklich marxistisch-leninistischen Parteien und Kräften und jenen Parteien zu unterscheiden, die nur ein kommunistisches Aushängeschild haben. Die Revolutionäre müssen gut wissen, auf wen sie sich verlassen können und wen sie unterstützen sollen." (ENVER HODSCHA)



Proklamierung der Unabhängigkeit Albaniens in Vlora am 28.11.1912

hohen und rasch weiter wachsenden Niveaus der Bildung und Kultur, der Wissenschaft und Technik, der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt erfreut und auf allen Gebieten seines nationalen Daseins ein täglich reicheres und glücklicheres Leben führt.

Unter der korrekten Leitung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hodscha an der Spitze hat das albanische Volk dem wunderbaren Beispiel seines bewaffneten antifaschistischen und antiimperialistischen Kampfes das nicht minder wunderbare Beispiel seines unerschrockenen und kompromißlosen Kampfes gegen den modernen Revisionismus der Chruschtschow-Breshnew-Clique und ihrer titoistischen Vorläufer zugesellt. Das war ein Kampf nicht nur zur Erhaltung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit Albaniens, nicht nur zur Verteidigung und Weiterentwicklung der großen revolutionären Errungenschaften des albanischen Volkes, sondern auch ein einzigartiger Beitrag zugunsten aller revolutionären Kräfte der Erde, weit über die Grenzen Albaniens und auch weit über die Grenzen unseres Kontinentes hinaus.

Albanien hat den durch den Verrat der modernen Revisionisten schwer getroffenen, zeitweilig ernstlich geschwächten revolutionären Kräften in aller Welt eine immense, wahrhaft unschätzbare Hilfe gegeben, sich wieder zu sammeln, neu zu formieren, neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen und die Voraussetzungen für den neuen Aufschwung der weltweiten revolutionären Befreiungsbewegung zu schaffen, den wir gegenwärtig erleben.

Hier liegt der Hauptgrund dafür, warum die modernen Revisionisten und Sozialimperialisten wie überhaupt alle Reaktionäre das sozialistische Albanien so hassen - und warum es alle Marxisten-Leninisten, alle revolutionären und freiheitsliebenden Menschen in aller Welt so bewundern und lieben. So wie das große China Maotsetungs in Asien ist das wunderbare Albanien Enver Hodschas in Europa das weithin leuchtende Flammenzeichen, das allen Imperialisten und Revisionisten die Unvermeidlichkeit ihres Untergangs, allen für nationale und soziale Freiheit kämpfenden Kräften die Gewißheit ihres Sieges verkündet.

Wie überall wächst auch bei uns in Österreich die Aufmerksamkeit und das Interesse der arbeitenden Menschen für Albanien, das seine sozialistische Revolution erfolgreich verteidigte, allen Erpressungs- und Sabotageakten der Imperialisten und Sozialimperialisten trotzte und heute stolz auf Errungenschaften blickt, die für die arbeitenden Menschen selbst der entwickeltsten kapitalistischen Länder undenkbar sind.

Die beschleunigte Einordnung Österreichs in die imperialistische EWG und die zunehmende Durchdringung seiner Wirtschaft durch das westdeutsche Großkapital bringt ganze Industriezweige an den Rand des Bankrotts und erzwingt Formen kapitalistischer Rationalisierung, die für zehntausende Arbeiterfamilien eine soziale Katastrophe bedeuten. Die Welle des "Bauernlegens", der systematischen Ruinierung und Liquidierung zahlloser kleiner und mittlerer individueller Bauernwirtschaften im Interesse der Großagrarier, hat neue Rekordausmaße erreicht. Die Teuerung und der damit verbundene Kaufkraftschwund ist im Vergleich zum Vorjahr selbst nach den offiziellen Statistiken auf 7,4 Prozent gestiegen und wird für das kommende Jahr auf 10 Prozent geschätzt. Mit einer Steuerquote von 37 Prozent, vorwiegend in Form von Lohnsteuern und unsozialen Verbrauchssteuern, welche die Preise zusätzlich in die Höhe treiben, übertrifft der österreichische Staat sogar die meisten anderen kapitalistischen Staaten Europas. Um alle diese sich täglich mehrenden Übel zu begründen, werden die herrschenden Ausbeuter und ihre Ideologen nicht müde, den Massen vorzulügen, daß es leider so und nicht anders sein müsse, daß die erforderliche Rationalisierung leider "überall" mit Liquidierungen und Stillegungen von Betrieben verbunden sei, daß mit den zunehmenden "Verpflichtungen" des Staates leider "in allen Ländern" die Steuerbelastung der Massen steige, daß ein gewisser Grad von Teuerung und Geldentwertung in "jeder modernen Volkswirtschaft" auftrete, ja sogar eine Voraussetzung einer "expandierenden Wirtschaft" sei, usw. usf.

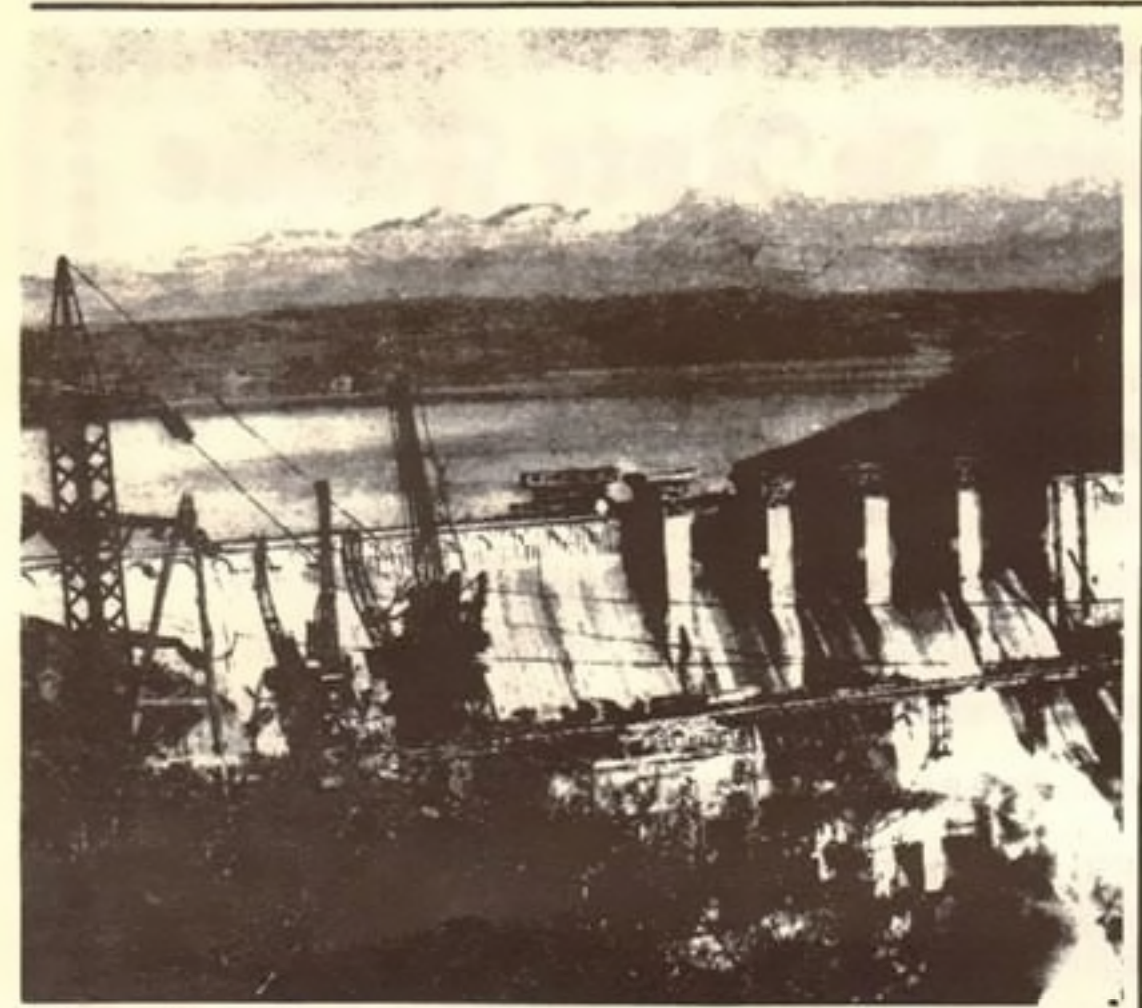
Sie berufen sich dabei nicht nur auf andere kapitalistische Länder, sondern immer öfter auch auf die revisionistischen Länder, in denen heute die gleichen oder sogar noch ärgere kapitalistische Übel auftreten.

Auf Albanien können sie sich nicht berufen. Auf Albanien berufen wir uns!

Welches andere europäische Land hat seine Volkswirtschaft in einem derartigen Tempo umgestaltet, entwickelt und modernisiert - aber für keinen einzigen arbeitenden Menschen bedeutete das soziale Unsicherheit, niemand mußte deshalb Angst vor dem Morgen haben. Der albanische sozialistische Staat erbringt gewaltige und immer weiter steigende soziale Leistungen, er widmet sich der Volkswohlfahrt, der Volksbildung und Kultur, dem Gesundheitsdienst usw. in einem Maß und mit einem Aufwand, wie es



Kopf der 1.Nummer des heutigen Zentralorgans der PdA



Eines der großen modernen Wasserkraftwerke, welche die Elektrifizierung sämtlicher Dörfer Albaniens ermöglicht haben

für kapitalistische Staaten ganz undenkbar wäre - und dennoch zahlt in diesem Staat kein Mensch auch nur einen Groschen Lohnsteuer, drückt keinerlei Verbrauchersteuer die Preise der Nahrungsmittel und Konsumgüter in die Höhe. Die sozialistische Wirtschaft Albaniens expandiert ununterbrochen und überaus rasch - aber sie kennt keine Teuerung und keinen Kaufkraftschwund, sondern senkt sogar systematisch und planvoll das allgemeine Preisniveau!

Diese und viele andere Tatsachen bezeugen anschaulich und für jedermann verständlich, was Sozialismus wirklich ist. Sie lehren die Massen in den kapitalistischen Ländern, daß die sie bedrückenden Übel kein Fatum, keine unvermeidliche Notwendigkeit sind, sondern eben Übel der kapitalistischen und revisionistischen Gesellschaft, die man beseitigen kann, indem man diese üblen Systeme beseitigt und den Weg geht, den das albanische Volk so erfolgreich beschritten hat und weiter geht.

Es ist der Weg, den die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des Genossen Enver Hodscha gewiesen hat und weist. Ihrer korrekten marxistisch-leninistischen Politik sind alle Errungenschaften zu verdanken.

Es lebe die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hodscha an der Spitze!

Es lebe die Volksrepublik Albanien, das helle Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

ZENTRALKOMITEE DER MLPÖ

DOKUMENTE DOKUMENTE DOKUMENTE DOKUMENTE

Denkschrift

der Regierung der Volksrepublik Albanien an die Regierung der Republik Finnland

Alle Hervorhebungen stammen von der Redaktion der "Roten Fahne".

Vor einigen Tagen teilte die Regierung der Republik Finnland durch ihre Denkschrift vom 9. November 1972 der Regierung der Volksrepublik Albanien mit, daß am 22. November dieses Jahres in Helsinki die vorbereitende Versammlung zur "Allgemeinen europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" die Arbeiten aufnehmen wird. Gleichzeitig forderte die Regierung der Republik Finnland die Regierung der Volksrepublik Albanien auf, ihren Vertreter zu dieser Beratung zu entsenden.

Im Zusammenhang damit übermittelte die Regierung der Volksrepublik Albanien am 19. November 1972 der Regierung der Republik Finnland ihre Denkschrift vom 18. November 1972 mit folgendem Inhalt:

Die Regierung der Volksrepublik Albanien nahm mittels der Denkschrift der Regierung der Republik Finnland vom 9. November 1972 von der Einladung Kenntnis, ihren Vertreter zur vorbereitenden Beratung zu entsenden, die am 22. November in Helsinki über die "Allgemeine europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" stattfinden wird.

In bezug auf obige Mitteilung möchte die Regierung der Volksrepublik Albanien hervorheben, daß sie schon seit langem und bei mehreren Gelegenheiten ihre Ansicht über die Frage der europäischen Sicherheit klar geäußert hat, besonders über die Abhaltung einer Konferenz zu dieser Frage. Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat ihre Ansichten auch direkt der Regierung der Republik Finnland mitgeteilt.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien und das albanische Volk verstehen die berechtigten Sorgen und die Beunruhigung der Völker Europas, darunter auch des finnischen Volkes, die eine wirkliche Sicherheit und einen dauerhaften Frieden am europäischen Kontinent wünschen. Es ist vollkommen natürlich, daß die Völker Europas, die innerhalb der letzten Jahrzehnte die Opfer von zwei Weltkriegen waren und großes Leid und Not über sich ergehen lassen mußten, heute die Sicherheit ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und nationalen Souveränität fordern, und in Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit miteinander zu leben wünschen.

Die albanische Regierung brachte stets Verständnis auf und würdigte die Anstrengungen jener Länder, die sich aufrichtig bemühen, diese hohen Ziele zu erreichen; sie hat auch nie gefehlt, ihren Beitrag in dieser Hinsicht zu leisten. Aber bevor auf die Konferenz über europäische Sicherheit eingegangen

wird, muß die Frage geklärt werden, welche Kräfte den Frieden und die Sicherheit in Europa gefährden und gegen wen sich die Völker absichern müssen.

Es ist inzwischen klar, daß die expansionistische und aggressive Politik der USA und der Sowjetunion sowie der westdeutsche Revanchismus die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen. Wenn sich die Völker Europas sichern wollen, so müssen sie sich gerade gegen diese aggressiven Kräfte absichern, die sowohl gegenwärtig als auch für die Zukunft eine große Gefahr bilden. Diese Gefahr für die Völker Europas ist konkret und hat eine eindeutige Richtung.

Die USA und die Sowjetunion verfolgen Europa gegenüber eine aggressive und hegemonistische Politik, die gegen die Unabhängigkeit und die Souveränität der Staaten dieses Kontinents gerichtet ist. Sie unterhalten ihre Militärblocks, die NATO und den Warschauer Vertrag, die eine ständige Quelle von Spannungen, Drohungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder sind. Große Truppenkontingente und zahlreiche Militärstützpunkte der Amerikaner und der Sowjetunion befinden sich in den Gebieten der europäischen Länder. Die Tschechoslowakei ist weiterhin besetzt, während die Theorie der "begrenzten Souveränität" zu einem Grundsatz der Staatspolitik der Sowjetunion geworden ist, um ihre Herrschaft über die Völker Osteuropas zu verankern. Die Einmischung der USA in die politischen, wirtschaftlichen und anderen inneren Angelegenheiten Westeuropas und ihre Erpressungen gegenüber den westeuropäischen Ländern gehen ununterbrochen weiter. Den bestehenden Barrieren und Hindernissen auf dem Gebiet der innereuropäischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden neue hinzugefügt.

Die albanische Regierung schätzt die heutige Situation in Europa sachlich, von den Tatsachen ausgehend, ein. Sie ist daher der Ansicht, daß die Bedingungen für die Einberufung einer Konferenz der europäischen Sicherheit fehlen. Die Konferenz wird unter diesen Umständen nicht zur Entwicklung und Festigung der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern, auf der Basis der Gleichheit, der Nichteinmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Nutzens, dienen.

Die Sowjetunion und die USA, die Haupturheber und die aktivsten Propagandisten der Konferenz über europäische Sicherheit, bauen weiterhin ihre Kriegsflotten aus, die rings um die Küsten Europas verteilt sind, wobei sie ihre bekannte Kanonenbootpolitik verstärkt betreiben.

Die Völker und die Länder des europäischen Kontinents können nicht gesichert sein, solange im Süden dieses Kontinents, im Mittelmeerbecken, die beiden Supermächte ihre Stützpunkte errichtet haben und sie ausbauen, während ihre Kriegsflotten dort herumkreuzen und eine ständige Quelle der Spannungen in diesem Raume und eine reale Bedrohung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Mittelmeerländer darstellen.

Trotz des großen Propagandalärms der Sowjetunion und der USA mit den Verträgen Bonn-Moskau und Bonn-Warschau sowie über die 4-Mächte-Vereinbarung über Berlin, über die innerdeutschen Vereinbarungen und anderes mehr, die unter direkter Anregung bzw. Beteiligung der beiden Supermächte erzielt wurden, hat die Lage in Europa eigentlich keine positive Veränderung erfahren. Diese Verträge haben die Gefahr, die den Völkern Europas von den beiden Supermächten droht, nicht gebannt bzw. die hegemonistische Politik des Diktates und der Einmischung der zwei Supermächte nicht beseitigt. Darüber hinaus haben diese Verträge die revanchistischen Tendenzen Westdeutschlands geschürt und bestärkt, während Westdeutschland zum gleichberechtigten Partner der zwei Supermächte und zur ersten Macht in Europa gemacht wird. Auf diese Weise kommen zu den alten Widersprüchen, im Osten wie im Westen, neue hinzu. Die seit Kriegsende schwebenden Fragen bleiben nach wie vor ungelöst und komplizieren sich sogar noch mehr.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat in mehreren Fällen betont, und der Verlauf der Geschehnisse bewies vollkommen, daß die Sicherheit und der Frieden in Europa und der Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt unlösbar verbunden sind. Der Frieden und die Sicherheit in Europa können nicht gewährleistet werden, solange im Nahen Osten die imperialistisch-zionistische Aggression gegen die arabischen Völker fortdauert, solange in Vietnam und in den anderen Ländern Indochinas die amerikanische Aggression weitergeht, solange die Sowjetunion an der Grenze mit China eine Million Soldaten und große Mengen Heeresausrüstungen und Waffen massiert hat, solange die

imperialistischen Mächte in vielen Gegenden der Welt die souveränen Länder bedrohen und zunehmende Spannung heraufbeschwören.

Die "europäische Sicherheit", wie die Sowjetunion und die USA sie vorschlagen und formulieren, ist ein Produkt der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Strategie ihrer Vorherrschaft in der Welt. Sie zielen damit nur darauf ab, die europäischen Völker zu unterwerfen und sie ihrer Hegemonie unterzuordnen. So wurden zum Beispiel der Plan und die Prozedur zur Einberufung der Konferenz über europäische Sicherheit erst beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel in Moskau konkretisiert und haben erst dort ihre vollständige Gestalt erhalten.

Es ist bewiesen, daß sowohl die Sowjetunion als auch die USA sich nicht um die wirkliche Sicherheit und den wirklichen Frieden in Europa Sorgen machen; was sie beunruhigt, das ist die Sicherung und Verewigung ihrer Einflußbereiche in diesem Kontinent. Der "Frieden" und die "Sicherheit", die sie den europäischen Völkern versprechen, haben zum Ziel, ihr Hinterland zu befrieden, um die Spitze ihrer aggressiven politik gegen andere Gegenden der Welt zu richten.

Eine von der Sowjetunion und den USA organisierte und manipulierte Konferenz kann nicht als Forum dienen, auf welchem die Teilnehmer frei und gleichberechtigt ihre Ansicht äußern bzw. auf die Ergebnisse der Konferenz einwirken können. Ebenso ist die Hoffnung ungerechtfertigt, daß eine solche Konferenz, deren Drahtzieher die beiden Supermächte sind, die europäischen Probleme in Einklang mit dem Willen und den legitimen Bestrebungen der europäischen Völker und Länder, in Einklang mit den Interessen der wirklichen Sicherheit in Europa lösen würde. Diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt, weil die beiden imperialistischen Mächte die wichtigen internationalen Fragen untereinander und hinter dem Rükken der anderen Staaten und der Weltöffentlichkeit lösen.

Dieses Vorgehen wurde auch durch die vielen supergeheimen Besprechungen zwischen ihnen, wie die SALT-Gespräche usw., bekräftigt.

Die beiden Supermächte werden niemals Zugeständnisse außerhalb des Rahmens ihrer hegemonistischen Interessen machen. Darum werden auch jene Staaten, die glauben, sie würden durch die Teilnahme an dieser Konferenz irgendwelche wirtschaftliche, politische oder andere Vorteile herausschlagen, sehr bald enttäuscht sein. Irgendwelche Beschlüsse, Erklärungen oder andere derartige Dokumente über Gewaltverzicht, die eventuell auf dieser Konferenz angenommen werden könnten, wären nur eine den heutigen Umständen gemäße Wiederbelebung des Briand-Kellog-Paktes*, dessen Ende ja allgemein bekannt ist. Es ist auch bekannt, wie die imperialistischen Großmächte die internationalen Verpflichtungen respektieren und wie sie solchen gegenüber handeln, wenn sie ihren expansionistischen Interessen nicht mehr entsprechen.

Also würde gegenwärtig die Abhaltung einer Konferenz über europäische Sicherheit nur aus Worten und Demagogie bestehen und kein konkretes Resultat haben, weil die Sowjetunion und die USA praktisch und im Prinzip die Geheimdiplomatie, die Kulissendiplomatie anwenden.

Dies sieht man auch in der Haltung, die sie gegenüber den Vereinten Nationen einnehmen, die sie von der Tätigkeit zur Lösung der internationalen Fragen ausgeschlossen haben und daran hindern, die Pflichten zu erfüllen, für welche die Weltorganisation gegründet wurde.

Diese Konferenz würde auch schädliche Illusionen über den Weltfrieden und die internationale Sicherheit verbreiten und die Wachsamkeit der europäischen Völker gegenüber den imperialistischen Drohungen schwächen. Sie würde zugleich zur Realisierung der hegemonistischen Ziele der beiden Supermächte in Europa dienen.

Die Volksrepublik Albanien, die eine prinzipienfeste und friedliche Außenpolitik betreibt, war und ist stets für eine wirkliche Sicherheit und einen wirklichen Frieden in Europa - auf der Basis der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder, der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung. Das albanische

ANMERKUNG DER REDAKTION DER "ROTEN FAHNE":

* DER BRIAND-KELLOG-PAKT. Im April 1927 schlug der französische Außenminister Briand seinem amerikanischen Amtskollegen Kellog den Abschluß eines Vertrags vor, in dem sich beide Seiten zu "ewiger Freundschaft" und zum "Verbot der Anwendung des Krieges" untereinander verpflichten sollten. Die Absicht der französischen Imperialisten war dabei, die amerikanischen Imperialisten in einem kommenden europäischen Krieg auf ihre Seite zu ziehen. Da die amerikanischen Imperialisten jedoch weiter reichende Absichten hatten, schlug Kellog die Ausdehnung eines solchen Paktes auf eine größere Zahl von Staaten vor. So kam es am 27. August 1927 zur Unterzeichnung eines internationalen "Vertrags über die Ächtung des Krieges", in dem sich die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Japan und andere Länder feierlich verpflichteten, folgende Grundsätze einzuhalten:

Art. 1: Verurteilung des Krieges als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle. Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik.

Art. 2: Lösung aller Streitigkeiten und Konflikte mit friedlichen Mitteln.

Art. 3: Möglichkeit auch für andere Staaten, dem Pakt beizutreten.

Tatsächlich diente der Pakt mit all seinen Friedens- und Gewaltverzichtsphrasen dem Zweck, die Völker Europas und der Welt zu betrügen, sie über die intensiven Kriegsvorbereitungen der Großmächte hinwegzutäuschen und in Sicherheit zu wiegen. Insbesondere war der Pakt ein Versuch, einen weltumspannenden imperialistischen Block zu bilden, dessen Spitze sich gegen die damals sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins richtete. Auch der diplomatische Schachzug der Sowjetunion, unter Ausnützung des Artikels 3 dem Pakt später mit einer Reihe von Vorbehalten beizutreten, änderte nichts am reaktionären und in Wahrheit friedensfeindlichen Charakter des Paktes, hinter dessen demagogischen Worten sich die massiven Vorbereitungen zum Krieg um die Neuaufteilung der Welt verbargen.

Volk, das sehr oft Ziel der räuberischen Politik der imperialistischen Mächte war und zahllose Opfer brachte, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen, ist an der Gewährleistung des wirklichen Friedens und der wirklichen Sicherheit in Europa sehr interessiert. Die Schaffung solcher Bedingungen ist sehr notwendig, um seine selbständige Entwicklung und seinen Fortschritt zu gewährleisten, wie sie auch für die Entwicklung und den Fortschritt aller anderen europäischen Völker notwendig sind.

Mit seinem unversöhnlichen Kampf gegen die Politik der Subversion, des Diktates, der Einmischungen und der Aggression der beiden Supermächte und ihrer Nachbeter hat das albanische Volk klar seine Entschlossenheit gezeigt, frei und selbständig zu leben, in Frieden und in Sicherheit zu arbeiten; zugleich hat es mit diesem Kampf seinen bescheidenen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan und in Europa geleistet. Die Volksrepublik Albanien ist aus dem Warschauer Pakt ausgetreten und hat die aggressive Politik dieses Blocks öffentlich angeprangert; sie hat damit nicht nur die Freiheit und die Unabhängigkeit Albaniens verteidigt, sondern zugleich gezeigt, daß der Weg des entschlossenen Widerstandes gegenüber der hegemonistischen und aggressiven Politik des Imperialismus und des Sozialimperialismus der einzige richtige Weg zur Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit, zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit ist.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien ist der Meinung, daß die wirkliche Sicherheit in Europa nicht durch Konferenzen, die von den beiden Supermächten angeregt und organisiert sind, erzielt werden kann.

Die europäische Sicherheit kann nur durch die Anstrengungen aller friedliebenden Völker und Länder Europas erzielt werden. Sie müssen die Sache der Verteidigung ihrer hohen nationalen Interessen in ihre eigenen Hände nehmen.

Die Völker Europas werden den wirklichen Frieden und die wirkliche Sicherheit erreichen, wenn sie ihre eigene nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die selbständige Entwicklung und die Verteidigungsfähigkeit ihrer eigenen Länder festigen werden.

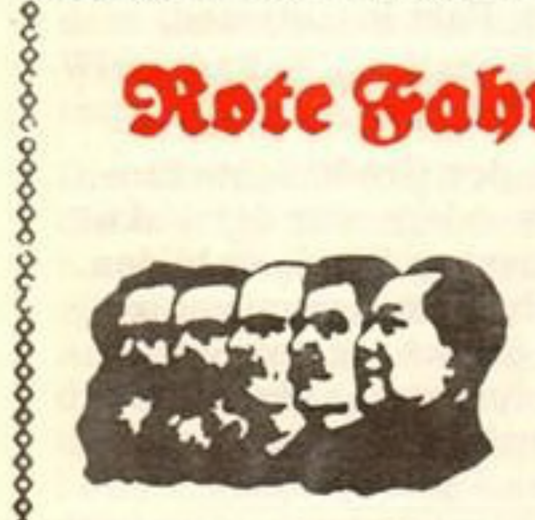
Es ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblocks in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent einzusetzen, damit alle fremden Militärstützpunkte und Truppen aus ihren Gebieten abgezogen werden, und ihre Anstrengungen mit dem Kampf der anderen Völker der Welt um Frieden und Sicherheit zu vereinigen.

Aus den obengenannten Gründen äußert sich die Regierung der Volksrepublik Albanien gegen die Abhaltung einer Konferenz über europäische Sicherheit und wird an den multilateralen Beratungen im Zusammenhang mit der "Allgemeinen europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit", die am 22. November in Helsinki aufgenommen werden, nicht teilnehmen.

Die Volksrepublik Albanien wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft stets bereit sein, mit den anderen friedliebenden Ländern Europas aufrichtig zusammenzuarbeiten und ihren bescheidenen Beitrag leisten, um einen wirklichen Frieden, die wirkliche Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt zu erzielen.

Tirana, den 18. November 1972

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Tel. 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 35,-, Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 20,-, Auslandsabonnement ö.S. 73,- oder DM 10,-, Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postscheckkonto 173.848

